



Durchgesetzt
**GesundheitslotsInnen
für die MA 10**



yunion - Rechtsschutz
**Offt die letzte
Rettung**



teamwork

DAS MITGLIEDER-MAGAZIN DER HAUPTGRUPPE 1

2/2018



Wundermittel Auslagerungen?

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

Charity

brighteyes
CHARITY DER HAUPTGRUPPE 1

SOMMERFEST FÜR MORITZ & FELIX

30.6. | AB 10 UHR | KSV PLATZ

1020 Wien | Rustenschacherallee 3



EINTRITT FREI
WETTERFEST

Wiener Wahnsinn

Frühschoppen mit Rotgipfler | Undecided | 7 Feet Blues Ramblers | Edmund

VIVA-Moderatoren | Bikers welcome | Essen & Trinken | Sponsoren Lounge |
Überraschungsgäste | Senad Grosic - BMX Pro Rider | Tombolapreise | u.v.m.

www.moritzundfelix.jimdo.com

FAMILIE POTZ BRAUCHT UNS!

2008 erfuhr die Familie, dass ihre Söhne Moritz und Felix - 14 und 16 Jahre alt - an „Muskeldystrophie Duchenne“ leiden. Eine genetische Krankheit, die zum vollständigen Verlust der Muskelmasse führt. **Es gibt keine Heilung.**

GEMEINSAM WOLLEN WIR HELFEN!

Die Personalvertretung und Kollegen der Dienststellen:



youunion
Die Daseinsgewerkschaft
Hauptgruppe 1



100% der Einnahmen gehen an die Familie Potz

SPENDENKONTO:
Hilfseinrichtung Österreich | Oberbank
Betreff: Gemeinsam für Felix und Moritz
AT66 1504 0002 0109 5049
BIC: OBKLAT2L

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Personalvertretungswahl DA 125**
Wir übernehmen Verantwortung
- 06 **Coverstory**
Auslagerungen. Eine Anleitung
- 09 **Querraunzer**
Sozialbetrug im Sonderangebot
- 10 **Interview**
AK-Experte Heinz Leitsmüller zu Nachteilen von Ausgliederungen

Hauptgruppe 1

- 13 **Dienststellen**
Josef Putz & Sabine Grün
- 15 **Dienststellen**
Alfred Kral & Thomas Mader
- 17 **Dienststellen**
Elisabeth Jarolim & Hans Holl

Gewerkschaft

- 20 **Jugend**
#JVRbleibt!
- 22 **Behinderung**
Rechtsschutz, wenn der Hut brennt
- 23 **Arbeitsmarkt**
Aktion 20.000 trotz Erfolg abgeschafft
- 27 **Dienststellen**
Geschafft: MA 10 bekommt Gesundheitslotsinnen

Freizeit

- 31 **Tipps & Kulinarik**
Lieblingslokal & Buchtipps der teamwork-Redaktion
- 32 **Sport**
Schach: ein lehrreiches königliches Spiel

Liebe Leserin, lieber Leser,


BILD © PETRA SPIOLA/HGI

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

während die FPÖ auf der Suche nach braunen und schwarzen Polizeipferden für ihre „Reiterstaffel“ ist, plant die ÖVP penibel die Beschneidung der Rechte der ArbeitnehmerInnen und tiefe Einschnitte in den Sozialstaat. Kurz' Großspender aus dem Wahlkampf warten darauf, bedient zu werden. Österreichs Gewerkschaften und die AK werden dabei nicht kampfflos zusehen. Sie haben eine fraktionsübergreifende Resolution gegen diese asoziale türkis-blaue Politik beschlossen, mehr dazu auf Seite 12. Dass dieser „neue Weg“ für Österreich ganz klar dem Wirtschaftsstandort schadet, zeigt Norbert Pelzer in seinem Leitartikel Seite 5 auf. Er befasst sich unter anderem mit der Frage: „Welche Gesellschaft schwebt Sebastian Kurz vor?“

„Auslagerungen aus dem öffentlichen Bereich“ sind ein viel diskutiertes Dauerthema der Gewerkschaftsbewegung mit unglaublich vielen Aspekten. Es steht im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe. Was ist eine Auslagerung? Was ist eine Privatisierung? Wo machen Auslagerungen Sinn? Welche Chancen und Risiken können mit Auslagerungen verbunden sein? Wir haben einen renommierten Experten in diesem Fachgebiet, Heinz Leitsmüller, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien, interviewt (Seite 10).

Unter dem Motto „Ein Fest für Michael“ hat die FSG ins Colosseum 21 geladen, um sich bei Michael Häupl zu bedanken und mit ihm zu feiern. Hunderte FunktionärInnen waren gekommen und haben eine humorvolle, kurzweilige Abschiedsparty erlebt, einige Schnappschüsse davon auf den Seiten 34 und 35. Michael Häupl war 24 Jahre lang „unser Bürgermeister“ und ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Wien heute eine tolerante, weltoffene und unglaublich lebenswerte Stadt ist, die niemanden zurücklässt. Darauf sind wir alle unglaublich stolz! Danke, Michael!

 teamwork@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der union - Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: (01) 31316-83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Norbert Pelzer **StV:** Manfred Obermüller, Margit Pollak **Redaktionskomitee:** Erwin Feichtlbauer, Gerhard Heczko, Alexander Kautz, Marianne Klepac-Baur, Werner Krachler, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Norbert Pelzer, Margit Pollak, Nicole Tuschak, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie&kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich **Hersteller:** Druckerei Jentsch, 1210 Wien | Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **Coverfoto:** Petra Spiola/Hauptgruppe 1, shutterstock, BM für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

Wir übernehmen Verantwortung!

Der DA 125 - Marktamt und Veterinäramt wurde neu gewählt.
Die FSG hat sich als einzige Liste der Wahl gestellt.



BILD. © DA 125

1. Reihe (v.l.n.r.) Martin Schwarzer, Christine Schlacher, Andrea Rosenfeld, Regina Müller, Petra Parak, Josef Führer, Ursula Kappel, Manfred Schneider. **2. Reihe (v.l.n.r.)** Gerald Treitler, Kathrin Deckardt, Peter Brehovsky, Erwin Dücke, Doris Danetzky, Sandra Mrazek



BILD. © PETRA SPOLLA/ING 1

Regina Müller
DA-Vorsitzende
Marktservice und
Lebensmittelsicherheit

Aufgrund des Rücktritts aller KIV-PersonalvertreterInnen im Herbst 2017 musste der Dienststellenausschuss neu gewählt werden. Da sich nach der Schließung der MA 38 – Lebensmitteluntersuchung Wien weder die KIV noch sonst eine Fraktion der Wahl stellte blieb die FSG die einzige Wählergruppe, die zur Wahl antrat und trotz der schwierigen Situation für alle dem gesetzlichen Vertretungsauftrag für die Bediensteten nachkam.

Jede Stimme zählt

Wegen der umfangreichen organisatorischen Änderungen in unseren Dienststellen ist es natürlich nachvollziehbar, dass sich für viele KollegInnen zahlreiche Fragen aufgeworfen haben. Und dass sich sicher manche gefragt haben, ob es Sinn macht, zu einer Wahl zu gehen, bei der nur eine Liste antritt. Wir haben uns im Zuge der Wahlinformationen vor Ort bemüht aufzuzeigen, dass jede Stimme zählt und das Verhandlungsmandat gegenüber dem Dienstgeber umso stärker wird, je höher die Wahlbeteiligung ist. Von den 311 Wahlberechtigten zum Stichtag haben allerdings nur 163 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von diesen haben 102 gültig und 61 ungültig gewählt. Auch wenn wir uns eine größere Wahlbeteiligung gewünscht haben, freut uns trotz allem,

dass die FSG den Stimmenanteil von 2014 halten konnte und wieder 102 Stimmen bekommen hat.

Wir sind für alle da

Seit ich 1996 Personalvertreterin geworden bin, haben immer zwei Wählergruppen kandidiert. 1999 habe ich den Vorsitz des DA 125 – Marktamt übernommen und wurde 2010 infolge der KIV-Mehrheit Stv. Vorsitzende unseres Ausschusses, der sich immer durch eine hohe Wahlbeteiligung ausgezeichnet hat. Die FSG-PersonalvertreterInnen werden alles daran setzen, auch jene KollegInnen vom Engagement und von der Kompetenz der FSG-PersonalvertreterInnen zu überzeugen, die diesmal ungültig wählten bzw. nicht zur Wahl gegangen sind.

Bei den WählerInnen, die der FSG ihr Vertrauen ausgesprochen haben, möchte ich mich herzlich bedanken. Aber auch bei den KollegInnen, die mit vollem Einsatz mitgearbeitet und uns mit Wort und Tat unterstützt haben. Wir sind nun künftig mehr denn je gefordert, die Interessen der KollegInnen gegenüber dem Dienstgeber nachdrücklich zu vertreten – und werden alle MitarbeiterInnen „persönlich vertreten.“

Bei den Ärmsten sparen, die Rechte der ArbeitnehmerInnen beschneiden - das ist der „neue Weg“ für Österreich. Was die ÖVP nicht bedenkt:


BILD © PETRA SPOLA

Norbert Pelzer
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Wer den Sozialstaat schwächt, greift die Wirtschaft an

„Der Wirtschaftsstandort“ gilt als heilige Kuh der ÖVP. Er wird angehimmelt, steht über allem, gilt als Lösung für sämtliche Probleme, wird gehegt und gepflegt. Denn: „Geht es der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“. Diesem Mantra folgend bauen Kurz und Strache die Republik um in eine Republik der Industriebosse, der Bankdirektoren, des Geldadels. Kurz bedient nun seine Großspender des vergangenen Wahlkampfes: Steuergeschenke für Bestverdienende, Abbau des ArbeitnehmerInnen-schutzes, der (häufigere und vor allem billigere) 12-Stunden-Tag, die Schwächung der Sozialpartnerschaft, Angriff auf die Arbeiterkammer, Totsparen der AUVA, an die Kandare nehmen des ORF und vieles mehr. „Damit es uns allen besser geht“, behauptet die ÖVP. Uns allen? Diese Politik für Privilegierte wendet sich ganz klar gegen den Wirtschaftsstandort und schwächt ihn à la longue.

Mit dem Sozialstaat und der Standortqualität hat sich Anfang des Jahres das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) beschäftigt¹. Die Studie zeigt deutlich: Je höher die Sozialquote (die Summe der Sozialausgaben in Prozent des BIP), desto höher ist die Produktivität eines Staates. Länder mit einer hohen Netto-Sozialquote haben auch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit. Maßnahmen, die zu einer höheren sozialen Ungleichheit führen, schaden dem Wirt-

schaftswachstum immens. Die Polarisierung der Einkommen schwächt die Kaufkraft im Land. Wenn privater Konsum zunehmend auf Verschuldung basiert – ja basieren muss – dann wirkt das destabilisierend auf die Wirtschaft. Denn wenn Menschen einfach zu wenig zum Leben haben, steigen Kriminalität und Obdachlosigkeit. Das schürt die Ängste vor Fremden weiter und droht, Übergriffe auf Minderheiten nach sich zu ziehen. Das sind dann ganz neue „Standortqualitäten“ in Österreich.

Welche Gesellschaft schwebt Kurz vor? Will er, dass es auch in Österreich Reichen-Ghettos gibt wie in den USA und afrikanischen Staaten? Wohlhabende leben dort hinter hohen Mauern, mit Stacheldraht und Videokameras abgesichert. Bewaffnete Wachdienste mit scharfen Hunden und Pferden kontrollieren den Zutritt. Ist das Kurz' Wunschvorstellung?

„Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder ein Maximum an Freiheit, Selbstbestimmung und Zusammenhalt erlebt“, ist seiner Website zu entnehmen. So können dann Familien in aller Freiheit und Selbstbestimmung von ein paar hundert Euros leben. Vielleicht ist die Politik der ÖVP eine Neu-Interpretation der christlichen Soziallehre, die sich mir nicht erschließt.

 norbert.pelzer@wien.gv.at

¹ <https://awblog.at/standortqualitaet-und-sozialstaat-zwei-seiten-einer-medaille/>

Auslagerungen. Eine Anleitung

Weshalb sind Auslagerungen attraktiv? Für wen? Und warum? Eine Vorlage, wie Auslagerungen ablaufen, und welche Konsequenzen damit verbunden sind. **Von Manfred Obermüller**



BILD: © PETRA SPIGLA/ARNDT

Manfred Obermüller
Stellvertretender
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

Am Anfang ist ein Vertrag – für die Geschäftsführung. Der Vertrag enthält einen Bonusanteil. Sehr häufig wird bis zu einem Drittel des Jahresbezugs davon abhängig gemacht, dass bestimmte Ziele erreicht werden. Eines davon, ebenfalls sehr häufig: die Steigerung der Effizienz – also: mehr Ergebnis mit weniger Einsatz. Dieses Ziel, bei dessen Erreichen der Bonus winkt, wird oft gleichgesetzt mit der Senkung von Personalkosten.

Warum? Ganz einfach: Denn die Personalkosten sind sehr oft die größte Position eines Budgets bzw. einer Bilanz – im Dienstleistungssektor immer.

Es sind die Menschen, die das Produkt – die Dienstleistung – (er)schaffen. Die Annahme der Boni-getriebenen Geschäftsführungen lautet nun: Gleichbleibender Umsatz mit weniger Personal zu erreichen, bedeutet Effizienz zu steigern. Bedeutet auch: Bonus! In der Praxis geht das natürlich nicht. Denn ginge dies, würde das bedeuten, dass Angestellte bisher nichts gearbeitet (= nichts zum Zustandekommen des Umsatzes beigetragen) haben. Also werden die Personalkosten virtuell gesenkt. Virtuell? Richtig, durch eine Auslagerung!

Personen werden zur Sache

Spielen wir das an einem theoretischen Beispiel konkret durch: Eine Firma mit 100 Angestellten hat eine Kreativ-Abteilung mit 11 Leuten und eine EDV-Abteilung mit 9 Leuten. In der Kreativ-Abteilung werden Inhalte für Homepages konzipiert und bis zum

letzten Komma erstellt, ebenso Folder, Zeitschriften und Berichte druckfertig gemacht, in der EDV-Abteilung werden die dazu nötigen Programmierarbeiten erledigt; außerdem halten die Computer-Spezialisten Hard- und Software des gesamten Unternehmens auf dem neuesten Stand.

Diese 20 Leute werden als 100%-Tochterbetrieb ausgelagert, ein Fünftel der gesamten Belegschaft. Damit's nicht gar zu kompliziert wird, bleiben sie gleich dort sitzen, wo sie schon immer gesessen sind, es wird nur das Türschild gewechselt. Nicht mehr „Kreativ-Abteilung“ oder „EDV-Abteilung“ ist da zu lesen, sondern zum Beispiel „Kreativ GmbH & Co KG“. Ein bisschen umgebaut wird schon, weil Abteilungsleiter und Stellvertreterin jetzt Geschäftsführer sind und ein eigenes Zimmer benötigen. Zwei Leute werden zusätzlich angestellt, es muss ja schließlich jemand für die Administration da sein. Ach ja, noch eine Begleitscheinung gibt's: Die Leute bekommen einen anderen Kollektivvertrag.

Nullsummenspiel

Ein Fünftel der Personalkosten – Gehälter inklusive Arbeitgeberanteil, Rückstellungen für Urlaube und Zeitguthaben – fällt im Mutterunternehmen ebenso weg wie die Kosten für Bürofläche oder Arbeitsgeräte. Auf den ersten Blick hat sich also die Produktivität des Mutterunternehmens dramatisch erhöht, denn der gleiche Umsatz wird nur noch mit 80 Leuten erwirtschaftet, nicht mehr mit 100. Also: Bonus!

Allerdings: Die Kosten der 20 Leute, die ausgelagert worden sind und der zwei, die zusätzlich angestellt worden sind, die Kosten für die Bürofläche, für den Umbau und für die gesamte Hard- und Software verschwinden natürlich nicht. Sie tauchen auch in der Bilanz des Mutter-Unternehmens auf – nicht mehr in den Personalkosten, sondern im Sachaufwand.

„Ja“, sagt die Geschäftsführung des Mutterbetriebs, die gerade den Bonus kassiert hat, „diese Kosten werden sinken, wenn sich das einmal eingespielt

„Auslagerungen im öffentlichen Bereich entziehen sich den Kontrollmöglichkeiten.“

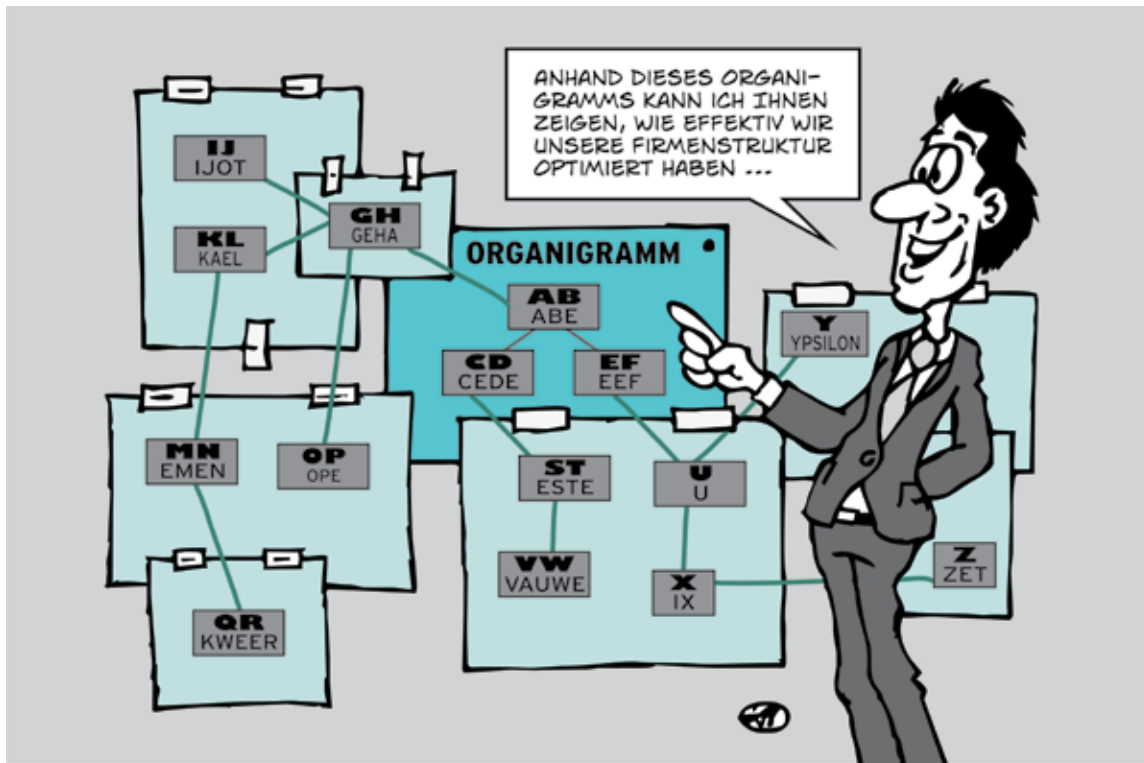


ILLUSTRATION: © ALEX KAUTZ

hat und unsere Tochterfirma auch andere Aufträge erledigen wird.“ Nicht dazu gesagt wird, dass das nur funktionieren kann, wenn in der Tochterfirma zusätzliche Leute aufgenommen werden, um die Kapazitäten zu erhöhen; es bleibt also ein Nullsummenspiel.

Mehr Bilanz-Tricks

Bilanztechnisch ist natürlich einiges möglich. Jeder Jahresabschluss kann dadurch geschönt werden, indem Zahlungsziele festgesetzt werden oder Leistungen von einem Jahr ins andere verlagert werden und Rückstellungen gebildet werden, die dann im Folgejahr nicht mehr nachvollzogen werden können. Je mehr ausgelagerte Unternehmen es gibt, desto größer werden die bilanztechnischen Möglichkeiten. Es kann also der Mutterbetrieb finanziell gesünder und schlanker aussehen, als er tatsächlich ist, während die Defizite in den Tochterunternehmen damit entschuldigt werden, dass sie erst seit Kurzem bestünden und dass es etwas komplizierter als erwartet sei, andere Aufträge zu akquirieren: „Der Markt ist schwieriger als gedacht!“ Verschärft wird diese Situation, wenn auch Teilbereiche in einem ausgelagerten Betrieb noch einmal ausgelagert werden.

Verlust der Kontrolle

Wenn aus dem öffentlichen Bereich ausgelagert wird, dann kommen noch weitere Faktoren hinzu: Die

Auslagerung bewirkt, dass für die betroffenen KollegInnen nicht mehr das Dienstrecht der Stadt, des Landes oder des Bundes gilt; Dienststellenausschüsse sind nicht mehr zuständig, es dauert einige Zeit, bis sich in den ausgelagerten Betrieben Betriebsräte konstituiert haben (wenn überhaupt). Und vor allem entzieht sich der ausgelagerte Bereich den Kontrollmöglichkeiten von Stadt, Land oder Bund.

Was zählt, ist immer die Dienstleistung des Mutterunternehmens, die es herzustellen gilt. Auslagerungen verringern jedenfalls in den allermeisten Fällen die Effizienz. Warum? Die Auslagerung selbst

„Auslagerungen aus dem öffentlichen Bereich“

In den kommenden Ausgaben werden wir Fälle von Auslagerungen aus dem öffentlichen Bereich zeigen und deren Folgen für das Gemeinwesen sowie für das Verständnis von Demokratie beschreiben. ExpertInnen kommen zu Wort.

sorgt dafür, dass Verunsicherung entsteht, dass unter Umständen Leute kündigen. Auslagerungen führen zu einer deutlich stärkeren Belastung durch Bürokratisierung, es müssen Verrechnungsmodelle mit den Tochterunternehmen entwickelt und ständig angepasst werden. Nicht nur dadurch entstehen zusätzliche Kosten, sondern auch durch den zunehmenden „Overhead“ – für Geschäftsführung und deren Kosten sowie die Assistenz. Dazu kommt noch, dass die Identität einen schweren Schaden erleidet: Die Angestellten der Tochterunternehmen fühlen sich als MitarbeiterInnen zweiter Klasse, sie identifizieren sich weniger bis gar nicht mit dem Mutterunternehmen. Sie fühlen sich als austauschbare Dienstleister. Die intrinsische Motivation wird verschüttet. Bei Auslagerungen im öffentlichen Bereich kommt es zudem auch vor, dass die MitarbeiterInnen der Tochterunternehmen, die sich selbst als modern, innovativ und flexibel definieren, auf die „verzopften, unflexiblen Beamtinnen und Beamten“ im Mutterkonzern herabblicken. Zwei Unternehmenskulturen prallen aufeinander, was das Erreichen gemeinsamer Ziele erschwert.

Kernzweck schwindet

Es gibt nur ganz wenige Szenarien, in denen es sinnvoll ist, eine Teil-Dienstleistung auszulagern – etwa dann, wenn es um ganz spezielle Anforderungen geht, denen gerecht zu werden im eigenen Unternehmen finanziell nicht möglich ist, die aber von einem externen Unternehmen angeboten werden. Eine solche Frage kann sich allerdings nur in Bereichen stellen, die nicht im Zentrum eines Unternehmenszwecks stehen, sondern nur am Rande.

Vor diesem Hintergrund muss sich auch eine Stadt fragen: Was ist mein Zweck? Was sind meine Kernaufgaben? Außer behördlichen Aufgaben gibt es die zentralen Leistungen der Daseinsvorsorge (wie Altenpflege, Sozialarbeit, Schulen, Spitäler, Müllabfuhr, sozialer Wohnbau etc.). Kernaufgaben der Daseinsvorsorge komplett auszulagern, kommt einer Auslagerung des Unternehmenszwecks gleich. Der Kernzweck schwindet. Das führt zu politischem Kontrollverlust, Intransparenz, Abhängigkeiten und geht sehr oft auf Kosten der MitarbeiterInnen – und der Dienstleistung.

 manfred.obermueller@wien.gv.at

Meinung

Auslagern ist das Gegenteil von Einlagern.

Einlagern bedeutet, einen Sicherheitspolster zu haben, in Zeiten die weniger rosig sind. Zur Sicherheit hat man ein breiteres Spektrum von Möglichkeiten zur Verfügung und kann beruhigt in die Zukunft blicken.

Oder haben unsere Eltern und Großeltern etwas anderes damit bezweckt, wenn sie Lebensmittel eingelagert haben?

Auslagerung bedeutet keinen unmittelbaren Zugriff und keine Kontrolle mehr auf zuvor vorhandene Ressourcen zu haben. Kurzfristiger Gewinn von Raum, Budget oder anderen Kostenfaktoren.

Ein ganzer Wirtschaftszweig lebt mittlerweile davon, dass Menschen ihr Hab und Gut quer über Wien verstreut in selfstorage-Lagern ausgelagert haben und nun, bevor sie etwas suchen können das sie gerade brauchen, im Stau viele Kilometer zurücklegen müssen.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Stadt Wien sind aber kein Gerümpel, das jahrelang im Keller herumsteht und deshalb ausgelagert werden kann. Hier handelt es sich um Menschen und um ein unglaubliches Kapital von Wissen und Erfahrung.

Es wäre kurzsichtig und fahrlässig darauf zu verzichten, nur um Personalkosten in Sachaufwand umzubenennen. Denn Effektivität im Dienstleistungsbereich darf nicht nur an der Bilanz eines Unternehmens gemessen werden. Es geht vor allem um die Zufriedenheit der Kunden und Kundinnen, sowie der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

 felix.steiner@wien.gv.at

„Durch Auslagerungen kann ein Mutterunternehmen finanziell gesünder und schlanker aussehen.“

Querraunzer



Meinung

Sozialbetrug im Sonderangebot

Es ist einfach rührend, ja direkt herzerwärmend, zu beobachten, wie sich Türkis-Blau um die ganz besonders bedürftigen MitbürgerInnen kümmert: die Wirtschaftsbosse. Um ihnen materiell rasch zu helfen, wird nun das so genannte Kumulationsprinzip bei Arbeitszeit-Übertretungen abgeschafft. Eine Bestimmung, die ihnen seit Jahren ein Dorn im Auge ist.

Also, was genau? Kummu? Kommu? Kommune? Kommunismus? Nein, nein. Bloß: K-u-m-u-l-a-t-i-o-n. Es bedeutet „Anhäufung, Ansammlung“. Ein Wort, das wir in seinem juristischen Sinn lesen müssen. Der Begriff steht dafür, dass eine Geldstrafe für einen Verstoß nicht nur ein einziges Mal verhängt wird, sondern für jeden einzelnen Anlassfall. Konkretes Beispiel: Arbeitszeitgesetz. Es sieht vor, dass bei Verstößen gegen Ruhezeiten oder gegen die Höchstarbeitszeitgrenzen die Bezirksverwaltungsbehörde eine Geldstrafe zwischen 72 und 1.815 Euro zu verhängen hat. Die Kumulation garantiert nun, dass die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt: Bei einem Klein(st)betrieb mit ein paar Angestellten macht die Geldstrafe maximal ein paar 1.000 Euro aus. Bei einem Unternehmen mit – sagen wir einmal – 300 Angestellten (und einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro) riskiert die Geschäftsführung eine Geldstrafe von maximal 300 x 1.815 Euro: mehr als eine halbe Million Euro. Das klingt nicht nur abschreckend, sondern ist es auch! Vor allem dann, wenn die Geschäftsführung persönlich zur Verantwor-

tung gezogen wird, also die Strafe aus dem privaten Börsenl bezahlen muss.

Für Türkis-Blau ist diese Bestimmung offenbar viel zu abschreckend. Sebastian Kurz hat von seinen Förderern, den Lobbyisten aus Wirtschaft und Industrie, deshalb ins Aufgabenheft geschrieben bekommen: „Die für die Wirtschaft so lästige Kumulation abschaffen und den Arbeitnehmerschutz abbauen!“ Die Industrie bestellt, und Kurz liefert.

Das sähe dann künftig so aus, dass die Chefs eines 50-Millionen-Unternehmens eine Strafe von maximal 1.815 Euro riskieren, wenn alle 300 Angestellten gezwungen werden, immer wieder die Ruhezeiten oder Höchstarbeitszeitgrenzen zu missachten. Das entlockt GeschäftsführerInnen, die Zehntausende von Euros allein als Boni jedes Jahr kassieren, sicher ein breites, zufriedenes Grinsen.

Eine solche Gesetzesänderung (ohne Geldstrafen drastisch nach oben zu schrauben) wäre nicht nur ein Hohn, sondern der Aufruf zum Rechtsbruch. Eine Regierung, die Rechtsstaatlichkeit zu sichern und zu stärken hat, will die Mächtigen und Einflussreichen bevorzugen. Sie will den Rechtsstaat aushöhlen und die Gleichheit vor dem Gesetz abschaffen. Unpackbar!

Wendelin

„Ist eine Ausgliederung das richtige Instrument?“

Warum Ausgliederungen aus öffentlichen Körperschaften gemacht werden und was dies für die politische Kontrolle bedeutet, erklärt AK-Experte Heinz Leitsmüller im teamwork-Interview.



BILD: © PETRA SPOLNA/VIKT

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

Ausgliederung und Privatisierung: Was ist der Unterschied?

Ausgliederungen gibt es in verschiedenen Stufen. Die erste ist, dass ein Betrieb juristisch verselbständigt wird – etwa in eine GmbH, zu 100 Prozent im öffentlich-rechtlichen Eigentum. In weiterer Folge könnte überlegt werden, Anteile an Dritte zu verkaufen – Privatisierung. Das Gründen einer GmbH kann somit unter Umständen eine Vorstufe in Richtung Privatisierung sein.

Was ist bei einer Ausgliederung zu beachten?

Vor jeder Ausgliederung gilt es eine Reihe von Problemen zu diskutieren bzw. zu lösen. Die erste Frage bei einer Ausgliederung ist immer: Ist eine Ausgliederung wirklich das richtige Instrument, um Schwierigkeiten zu bewältigen und ein gestecktes Ziel zu erreichen? Wenn es etwa vor allem um die Weiterentwicklung der internen Organisation geht, dann gibt es Management-Instrumente im Bereich des New Public Managements. Aber dazu brauche ich nicht auszugliedern.

In welchen Fällen kann eine Ausgliederung sinnvoll sein?

Etwa dort, wo sehr marktnah agiert wird und die Einbindung in eine öffentlich-rechtliche Körperschaft die Hände zu sehr bindet. Wir haben uns das Schloss Schönbrunn unmittelbar nach der Ausgliederung angeschaut. Es kommen tausende Touristen, bezahlen Eintrittsgelder. Vorrangiges Ziel ist, das Schloss zu erhalten. Mit der Ausgliederung konnten unterschiedliche Tarifmodelle gestaltet und damit einzelne Zielgruppen differenzierter angesprochen werden. Die Einnahmen sind gestiegen, die notwendigen Mittel für die laufende Sanierung des Schlosses können nun aufgebracht werden – ein marktnaher Bereich, wo das eben gegangen ist. Wenn dagegen Bereiche in der Bürokratie eingegliedert sind und hoheitliche Aufgaben erfüllen, dann macht auszulagern weniger Sinn. Es geht dann möglicherweise darum, Schulden abzuwälzen oder Personal einzusparen.

Was heißt das für Bedienstete?

Die haben nach einer Ausgliederung möglicherweise ein anderes Dienstrecht und ganz normale Angestelltenverträge. Die Frage lautet: Gibt es Kollektivverträge? Welche? Einen gewissen Schutz bietet das Arbeitsvertragsrechtsanpassungsgesetz (AVRAG), das beispielsweise die Höhe des Gehalts für ein Jahr schützt, aber nicht, dass man in einem gewissen Kollektivvertrag landet.

Warum sind Ausgliederungen verlockend?

Bei Ausgliederungen aus einer öffentlichen Körperschaft wird man bezüglich Bindungen, beispielsweise an Personalpläne, deutlich unabhängiger. Man bekommt ein fixes Budget und braucht sich dann nicht an Personalpläne wie in der öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu halten. Man kann innerhalb des Budgets flexibel gestalten. Zweitens wird man ökonomisch unabhängiger – durch die eigene Rechtsform, die eigene Geschäftsführung, vielleicht auch einen eigenen Aufsichtsrat. Da kann man anders wirtschaften als in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, wo Flexibilität generell schwieriger ist.

Wo erscheinen Ausgliederungen gefährlich?

Bei Unternehmen, die überwiegend hoheitliche Aufgaben erbringen, bietet eine Ausgliederung nicht wirklich Vorteile. Da braucht man üblicherweise auch entsprechende „bürokratische“ Strukturen.

Können Auslagerungen der Stadt, des Landes, des Bundes in den privatwirtschaftlichen Bereich negative Folgen für die Volkswirtschaft haben?

Behauptet wird immer: Wir lagern aus, um etwas einzusparen. Das lässt sich nicht pauschal sagen. Was ist das Ziel? Gibt es ein Konzept? Wer hat einen Vorteil? Wer zahlt drauf? Jede Ausgliederung kann daher nur im Einzelfall beurteilt werden. Es kann zu aufgeblähten Strukturen kommen, es kann genauso gut zu einer Verschlinkung führen.



BILD: © LISI SPECHTAK WIEN

Zur Person

Mag. Heinz Leitsmüller

Arbeiterkammer Wien,
Leiter der Abteilung
Betriebswirtschaft

Arbeitsschwerpunkte:
Bilanzanalyse, Umstrukturi-
erungen, Mitarbeiterbe-
teiligung, Rationalisierungs-
maßnahmen

Stichwort Schulden. Was ist durch Ausgliederungen bilanztechnisch möglich?

Viel. Ich kann etwa Schulden in die Auslagerungs-GmbH geben. Nehmen wir die Maastricht-Kriterien. In eine eigene Gesellschaft verschobene Verbindlichkeiten fallen bei der Maastricht-Beurteilung einer Stadt etwa raus, wenn das neue Unternehmen den Umsatz überwiegend selbst erwirtschaftet. Ist dies nicht der Fall (oder buchhalterisch nicht darstellbar), dann bringt eine Auslagerung in diesem Punkt nichts. Der zweite wichtige Punkt ist die Belegschaft. Die Körperschaft sieht „schlanker“ aus, weil die Angestellten jetzt in der GmbH sind. Wenn Leistungen nach wie vor für den Mutterkonzern (also die Körperschaft) erbracht werden, dann stellt sich die Frage nach den Verrechnungspreisen. Ich könnte also mehr Lasten in Richtung ausgelagertes Unternehmen schieben. Die dritte Möglichkeit: Vermögen auszulagern und zu versuchen, es dort zu verwerten. Da bedarf es dort unter Umständen keines Beschlusses eines Gemeinderats oder anderer Gremien mehr, der Aufsichtsrat der GmbH ist in der Regel verantwortlich.

Wie sieht es mit Rücklagen aus?

Da muss man genau darauf schauen, wie die Ausgliederung gestaltet wird. Bei den ersten Bundesausgliederungen konnte etwa beobachtet werden, dass ein Unternehmen die Pensionsansprüche aller MitarbeiterInnen, die vorher BeamtInnen waren, mitbekommt, gleichzeitig aber das Vermögen nicht eins zu eins dazu bekommen hat: riesige Rückstellungen also, aber die Aktiva sind nicht im selben Umfang vorhanden gewesen.

Dürfen ausgelagerte Unternehmen wieder auslagern?

Das hängt davon ab, was das Gesetz zulässt, das Basis für die Auslagerung im öffentlichen Bereich ist. Es ist schon

möglich, dass die GmbH Tochtergesellschaften errichtet und Leistungen auslagert, auch Arbeitskräfte. Für die ist das meistens keine positive Entwicklung.

Die Ausgliederung der Ausgliederung entzieht sich dann aber irgendwann der öffentlichen Kontrolle, oder?

Ja, natürlich: Je weiter ich ausgliedere, desto weniger stehe ich unter direkter Kontrolle – etwa eines Gemeinderats oder eines Stadtrechnungshofs. Politische Kontrolle wird dadurch ganz sicherlich schwieriger. Die Arbeiterkammer betrachtet derartige Entwicklungen besonders kritisch.

 karin.zauner@gmail.com

„Bei Unternehmen, die überwiegend hoheitliche Aufgaben erbringen, bietet eine Ausgliederung nicht wirklich Vorteile.“

ÖGB und AK: „Keinen Schritt weiter!“

Fraktionsübergreifend machen die Gewerkschaften und die AK gegen die geplanten Einschnitte der Regierung mobil.

Von **Karin Zauner-Lohmeyer**



„Es ist notwendiger denn je, ein starkes Zeichen der überparteilichen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretungen zu setzen“, sagt der scheidende ÖGB-Präsident Erich Foglar gleich zu Beginn der Bundesvorständekonferenz am 23. Mai im Austria Center in Wien. 762 SpitzenvertreterInnen der Gewerkschaft (von 790 eingeladenen) sind über die Fraktionsgrenzen hinweg erschienen, um gegen die Regierungspläne zur Sozialversicherung, das Aushöhlen der Sozialpartnerschaft und Lockerungen bei der Arbeitszeit zu protestieren.

Diese Maßnahmen werden aus Sicht von Gewerkschaft und Arbeiterkammer die Rechte, den Schutz, die Mitbestimmung und die soziale Sicherheit aller ArbeitnehmerInnen massiv verschlechtern – quer durch alle Branchen, quer durch den öffentlichen Bereich und die Privatwirtschaft.

Republik der Industriebosse

„Noch nie gab es in dieser Zweiten Republik eine Regierung, die so klar und ungeniert eine Regierung der Industriebosse ist, die für Argumente und Sorgen der ArbeitnehmerInnen weder ein offenes Ohr noch sonst etwas übrig hat. Ebenso wenig für die Sozialpartnerschaft“, so Foglar weiter. Und: „Das bekommt jetzt eine Antwort – und zwar die nächsten Wochen und Monate!“

Die Bundesregierung informiere die Menschen gar nicht, teils unvollständig oder auch falsch über die persönlichen Auswirkungen vieler geplanter Maßnahmen. Auch Wolfgang Katzian, Vorsitzender

der GPA-DJP, Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, stellt klar, dass man sich eine Vorgangsweise, bei der die ArbeitnehmerInnen als Sozialpartner nicht in die Reform der Sozialversicherung einbezogen werden, „nicht gefallen lasse“.

Wie es nun weitergeht? Sachlich und punktgenau. Die Gewerkschaften werden mit stichhaltigen Fakten antworten und die Dinge beim Namen nennen; offen legen, was hinter den Regierungsplänen tatsächlich steckt. Gewerkschaften und Arbeiterkammer wenden sich nun zunächst an die Beschäftigten, um sie über die Folgen von Plänen zu Krankenkassen-Umbau und 12-Stunden-Arbeitstag zu informieren. Wer glaube, die ArbeitnehmervertreterInnen ließen sich die Errungenschaften der Sozialpartnerschaft, die einen wesentlichen Teil der Standortqualität ausmachen, einfach „von ein paar Wahnsinnigen“ zerstören, „der lebt hinter dem Mond“.

Unisono bekennen sich Gewerkschaften und Arbeiterkammer zu einer „Gesprächsbereitschaft auf Augenhöhe“, aber: „Wenn die rote Linie überschritten wird, wird es entsprechende Maßnahmen und Aktivitäten von unserer Seite geben.“

 teamwork@fsg-hg1.at

„Wenn ihr mit uns nicht auf Augenhöhe umgeht, müssen wir uns die Augenhöhe erkämpfen.“ Wolfgang Katzian

Resolution gegen die Einschnitte beim Sozialstaat

Download:

www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342591509684/home/die-regierung-derindustriebosse

Josef Putz kämpft für mehr Personal



BILD: © PETRA SPOLAJHG1

„Ich bin für alle da und versuche mit aller Kraft, Lösungen für die MitarbeiterInnen zu ermöglichen bzw. auszuverhandeln. Aber auch ehrlich zu sagen, wenn Forderungen nicht erfüllt werden können“, berichtet Josef Putz, Vorsitzender des DA 113 – Wiener Wohnen. Er ist seit 1974 bei der Stadt Wien und seit 1982 gewerkschaftlich aktiv. „Ich bin schon sehr jung von meinem Kollegen Eduard Grünauer zur PV geholt worden. Ich habe ihm viel zu verdanken“, erzählt er. Was ihm bei seiner Arbeit ganz besonders wichtig ist: „dass die KollegInnen miteinander reden, sich gegenseitig helfen, für einander da sind und Verständnis zeigen.“

Bei Wiener Wohnen steht Putz vor großen Herausforderungen: laufende Umstrukturierungen, Nachbesetzung von Dienstposten, Überbelastung durch das Fehlen von Personal, die hohe psychische Belastung, die Übergriffe auf KollegInnen und vieles mehr. Sturheit mag er gar nicht. „Das bringt uns nicht weiter!“

„Dienstposten müssen dringend nachbesetzt werden!“

In seiner Freizeit ist er beim Fußballclub Post SV Wien als Jugendleiter aktiv. Körperlichen Ausgleich findet er bei der Gartenarbeit gemeinsam mit seiner Frau. Sein Lieblingsbuch ist „Harry Potter“, sein Lieblingsfilm „Avatar – Aufbruch nach Pandora“. „Aufbrechen ist auch bei Wiener Wohnen immer wieder angesagt. Wohin es gehen soll, ist aber oft nicht klar. Das erzeugt Ängste und Unruhe. Eine starke PV ist deshalb besonders wichtig!“

Josef Putz
Wiener Wohnen
Vorsitzender Dienststellenausschuss 113
3., Rosa-Fischer-Gasse 2, Teil A, Erdgeschoss, Top B 0.02
05 757575-52454 • josef.putz@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPOLAJHG1

Sabine Grün fordert die Nachbe- setzung von Dienstposten

„Die Dienstgeberin muss die durch Krankheit und Pensionierung frei werdenden Dienstposten in der MA 34 rasch nachbesetzen“, fordert Sabine Grün. Sie ist Vorsitzende des Dienststellenausschusses 131 – Ämterreinigung und Gruppe Rathaus und seit 1999 gewerkschaftlich aktiv. „Zudem erleben wir seit Jahren, dass durch die Schließungen und Zusammenlegungen

„Personal muss aufgenommen werden!“

von Abteilungen Reinigungsflächen der MA 34 verloren gehen. Das führt zu großer Verunsicherung“, erklärt Grün.

Genau in solchen Zeiten brauche es eine kraftvolle Personalvertretung. Denn nur sie setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen ein, für gerechte Bezahlung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Was ein/e gute/r PersonalvertreterIn brauche, sei ein offenes Ohr für die Sorgen und Probleme der KollegInnen. Ihre Mutter habe ihr viele Werte mitgegeben. „Sie hat mir die Bedeutung von sozialem Engagement und Gerechtigkeit vermittelt. Egal wie emotional ein Thema diskutiert wird: Ein respektvoller Umgang ist mir wichtig.“

Energie tankt Sabine Grün beim Spazierengehen, beim Lesen, aber auch in der Therme. Gerne geht sie ins Theater. Ihr Lieblingsstück: „Der Mann von La Mancha“, ihr Lieblingschauspieler: Josef Meinrad. „Manchmal fühle ich mich wie Don Quijote. Wenn Menschen Argumenten nicht zugänglich sind, wenn alles abprallt, dann ist das mein Kampf gegen Windmühlen.“

Sabine Grün
MA 34 - Bau- und Gebäudemanagement (ID)
Vorsitzende Dienststellenausschuss 131
1., Neutorgasse 15, 2. Stock, Top 2.15
(01) 4000-34729 • sabine.gruen@wien.gv.at

Klein, aber „oho“

In der MA 10 arbeiten mehr als 8000 MitarbeiterInnen, damit Kinder qualitätsvolle Bildungschancen erhalten. Nicht alle von ihnen arbeiten in den Kindergärten vor Ort: Ein kleiner aber wichtiger Teil ist der Kompetenzbereich Personal.



BILD: © SYMBOL FOTO SHUTTERSTOCK / JANNOONG28

keit, bei der für eine Woche lang hochkonzentriertes Arbeiten erforderlich ist – mit viel Papier und aufwendigen Datenübertragungen von einem Formular auf das nächste. Die elektronische Datenverarbeitung steckt in den Wiener Kindergärten also noch ein wenig in den Kinderschuhen.

In den anderen Wochen ist es aber auch nicht gerade langweilig, denn dann sind ärztliche Bescheinigungen, Pflegefreistellungen, Sonderurlaubstage, Teilzeit- und Karenzanträge und noch so einiges mehr zu bearbeiten. Oftmals sind Rückfragen notwendig, da wichtige Beilagen fehlen oder ausgedruckt schlecht lesbar sind.

Rund 30 Personen sind im Personalbereich für die MA 10 beschäftigt, in einem Tätigkeitsfeld, das breit gefächert ist: von der Bewerbung und Aufnahme, über berufliche Gesundheitsförderung bis hin zur Personalentwicklung. Am operativen Personalmanagement kommt jedoch keine KollegIn vorbei. Eine/einer von ihnen verwaltet jeweils an die 850 bis 900 MitarbeiterInnen.

Zwischen Kontrolle und Papierkrieg

Was bedeutet das? Monat für Monat sind hunderte Sammelformulare – ein 20 cm hoher Stapel Papier – auszudrucken, zu überprüfen, Daten zu übertragen und dafür zu sorgen, dass unsere Nebengebühren pünktlich ausbezahlt werden können. Eine Tätig-

Korrektes Arbeiten unerlässlich

Nachdem immer mehr Formulare von zumindest zwei oder sogar mehreren Personen genehmigt werden müssen, dauert es bei Änderungswünschen von MitarbeiterInnen seine Zeit, bis alles seine Ordnung hat. Erst wenn alle Unterschriften am (richtigen) Formular vorhanden sind, kann es an die MA 2 weitergeleitet werden.

Es gibt noch einiges zu tun

Was auch immer sich in den letzten Jahren verändert hat, die Zettel sind jedenfalls nicht weniger geworden! Das kommt auch uns im Betrieb bekannt vor. Jeder versucht, das Beste im jeweiligen Tätigkeitsfeld zu machen, manchmal hakt es aber an der praktischen Umsetzung. Dokumentationspflicht, wachsende Kontrolle, mangelnde direkte Kommunikation – all das erschwert das Arbeiten. Auch beim technischen Equipment gibt es Luft nach oben! Mit anderen Worten: Es gibt noch einiges zu tun.

„Vom papierlosen Büro sind wir noch weit entfernt und die EDV steckt noch in den Kinderschuhen.“

Alfred Kral
fordert eine
faire Alters-
teilzeit



BILD: © PETRA SPOLAJHG1

„Die neue Dienstrechts- und Besoldungsreform ist die größte Herausforderung für uns“, erzählt Alfred Kral, Vorsitzender des DA 104 – Finanzen und Wirtschaft. „Für viele KollegInnen ist die PV wohl die wichtigste Anlaufstelle für die vielen Fragen, Sorgen und Ängste.“ Kral ist seit 1972 bei der Stadt Wien. Er ist ein Mann mit sehr viel Erfahrung im Umgang mit Menschen. Als Außendienstbeamter des Erhebungs- und Vollstreckungsdienstes der MA 6 war er jahrelang in Wien unterwegs und hat dabei schon „alles“ erlebt.

„Zufriedene KollegInnen sind mein Ziel!“

Warum er in der Gewerkschaft aktiv ist? „Weil ich mit Einsatz und Ideen einiges verbessern

und verändern kann.“ Als Personalvertreter müsse man immer ein offenes Ohr für die KollegInnen haben, kommunikationsfähig sein. Auch ein gewisses Durchhaltevermögen und Hartnäckigkeit seien hilfreich. „Wir fordern von der Dienstgeberin eine faire Altersteilzeit. Mir ist wichtig, dass die KollegInnen zufrieden sind und mit Freude arbeiten!“ betont Kral.

In seiner Freizeit macht er Sport, reist gerne oder entspannt sich bei der Gartenarbeit. Wer ihn näher kennt, weiß, dass ihm Familie und Freunde sehr wichtig sind. Gerne liest er Krimis von Donna Leon. Der Held: Commissario Guido Brunetti löst jeden Fall, sei er noch so schwer. „Auch wir suchen individuelle Lösungen und bleiben dran – wie Brunetti!“

Alfred Kral

MA 6 – Rechnungs- und Abgabewesen
Vorsitzender Dienststellenausschuss 104
19., Muthgasse 62, Riegel F, 2. Stock, Zi. 2.27
(01) 4000-3846 • alfred.kral@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPOLAJHG1

Thomas Mader
bekämpft die
Reduktion von
Dienstposten

„Wien ist eine rasch wachsende Stadt. Die Stadtverwaltung muss mit dem Wachstum Schritt halten und ihre Dienstleistungen ausbauen. Dennoch wird seit Jahren beim Personal eingespart. Wie soll das gehen?“ fragt Thomas Mader. Er ist Vorsitzender des DA 111 – Umwelt und Planung und seit 1994 in der Personalvertretung aktiv. Ihm ist es ein großes Anliegen, den „Leisen“ eine Stimme zu geben und sich für die KollegInnen einzusetzen. „Die Digitalisierung sehe ich als große Chance. Jedoch nur dann, wenn unsere Rechte als

ArbeitnehmerInnen gewahrt bleiben. Dafür braucht es eine starke Gewerkschaft!“ betont er.

„Handschlagqualität ist mir wichtig!“

Sorgen bereiten ihm die Entsolidarisierung in der Gesellschaft und die laufenden Angriffe auf ÖGB, AK und die AUVA. „Da müssen wir uns wehren!“ Als Personalvertreter brauche man Besonnenheit, Beharrlichkeit und den Blick für das Ganze. Handschlagqualität sei wichtig. Arroganz und Ignoranz kann er nicht ausstehen.

Den Ausgleich zur Arbeit findet er in der Familie und im Freundeskreis. Viel Zeit verbringt er mit seinen Kindern und Enkelkindern und mit Fußball. Mader liest aber auch gerne. Sein Lieblingsbuch: „Reden, die die Welt veränderten“ von Gerhard Jelinek. Diese historischen Texte seien unglaublich kraftvoll und inspirierend. Denn „Worte haben Kriege begonnen und Frieden geschaffen.“

Thomas Mader

MA 41 – Stadtvermessung
Vorsitzender Dienststellenausschuss 111
19., Muthgasse 62, Riegel F, OG 3, Top F 3.25
(01) 4000-89101 • thomas.mader@wien.gv.at

Wiener Berufsrettung für Katastrophen gerüstet

Großunfälle oder gar Katastrophen kündigen sich nicht an, sie sind plötzlich da. Egal bei welcher Wetterlage, ob bei Tag oder Nacht, in welcher Region: Spezial-Züge stehen bereit.



BILD: © WIENER BERUFSRETTUNG



BILD: © PETRA SPOLA/HGI

Erwin Feichtelbauer
DA-Vorsitzender MA
70 - Berufsrettung
Wien

Die Wiener Rettung muss neben ihren täglichen Einsätzen auch jederzeit für alle denkbaren Katastrophen-Szenarien gerüstet sein. Mit konkreten, erprobten Plänen und Strategien, aber auch mit geeigneten Einsatzmitteln. Dafür gibt es den K-Zug – den Katastrophen-Zug – bereits in der zweiten, noch moderneren Generation. Der K-Zug besteht aus sieben Fahrzeugen, zu denen unter anderen eine mobile Leitstelle, ein Kommandofahrzeug, ein Bergefahrzeug sowie ein schwerer Anhänger als mobile Küche gehören.

Multifunktionelle Ausstattung

Die Bezeichnung K-Zug ist eigentlich nicht ganz korrekt, denn eine Katastrophe definiert sich als „ein Ereignis, das mit eigenen Mitteln und Strukturen nicht bewältigt werden kann und länderübergreifende oder internationale Hilfe benötigt.“ Für einen eventuellen Großunfall oder Massenansturm von Verletzten, auch MANV genannt, sind diese Fahrzeuge aber äußerst wertvoll. Die Fahrzeuge K2 und K3 mit ihrer multifunktionellen Einrichtung zum Beispiel bieten je fünfzehn Personen Platz. Sie kommen häufig zum Einsatz, wenn eine größere Anzahl an Leichtverletzten zu versorgen ist. Aber auch bei einer Evakuierung eines Wohnhauses bieten sie den Betroffenen

Schutz und Erste Hilfe. Für all diese Eventualitäten sind die Fahrzeuge medizinisch vollständig ausgerüstet, klimatisiert und rollstuhlgerecht. Sie haben auch einen Kühlschrank und ein Notstromaggregat – im Gegensatz zu den städtischen Autobussen, die früher bei solchen Ereignissen eingesetzt wurden.

Optimale Erstversorgung am Einsatzort

Noch größer ist der K5: ein 25 Tonnen-LKW mit Ladekran, ausgestattet mit Material und Ausrüstung, um bis zu fünfzig PatientInnen gleichzeitig adäquat versorgen zu können. Je nach Wetter, Temperatur, der Umgebung vor Ort und vielen anderen Gegebenheiten ist die Versorgung einer großen Anzahl von PatientInnen meist sehr materialintensiv. Aber ein sofortiger Abtransport zahlreicher unversorgter PatientInnen in Krankenhäuser ist ein Problem der Transportkapazität und verlagert die zu bewältigende Erstversorgung in die Aufnahmestationen.

Ganz entscheidend ist aber die spezielle Ausbildung der Mannschaft unseres K-Zugs – sie garantiert den WienerInnen die optimale Versorgung in einem Katastrophenfall.

Elisabeth Jarolim

kämpft gegen den Sozialabbau


BILD: © PETRA SPICOLA/HG1

„Der Druck auf die Sozialpartnerschaft in Österreich steigt. Fast täglich agitieren türkise oder blaue PolitikerInnen gegen den Sozialstaat“, erklärt Elisabeth Jarolim, Vorsitzende des DA 128 – Gesundheitsdienst der Stadt Wien. Sie ist seit 1998 Personalvertreterin und kämpft besonders engagiert für eine faire Arbeitswelt. „Mir ist wichtig, dass die Stadt als Arbeitgeberin noch attraktiver wird.“ So fordert sie die Altersteilzeit, das Jobticket und eine IBS-Zulage für OrdinationsassistentInnen. Jarolim kommt aus einer tiefroten Familie. Der Vater: Straßenbahner und Gewerkschafter, die Mutter: emanzipiert, die erste Fahrlehrerin Österreichs, der Freundeskreis: sozialdemokratisch.

„Die Gewerkschaft ist seit meiner Kindheit ein wichtiger Teil meines Lebens“, erzählt sie. „Etwas ganz Selbstverständliches!“ Was eine gute Personalvertretung ausmache, das seien Vertraulichkeit, Ehrlichkeit, Fachwissen, Verlässlichkeit und Furchtlosigkeit. „Dampfplaudereien“, Opportunismus und Ungerechtigkeiten kann sie gar nicht ausstehen. Ebenso wenig Leute, die Hass und Neid schüren und Halbwahrheiten verbreiten.

„Die Gewerkschaft ist ein wesentlicher Teil meines Lebens!“

In ihrer Freizeit liebt sie Kochen, Schwammerl suchen, mit dem Hund spazieren gehen, im Garten werkeln und das Reisen. Vor zwei Jahren wurde sie Großmutter. Ob ihre kleine Enkeltochter auch einmal Gewerkschafterin wird? Die Chancen sind äußerst gut. Mit so einer Oma!

Mag.^a (FH) Elisabeth Jarolim

MA 15 – Gesundheitsdienst der Stadt Wien
Vorsitzende Dienststellenausschuss 128

1; Zelinkagasse 4, 2. Stock, Top 3
(01) 4000-83711 • elisabeth.jarolim@wien.gv.at


BILD: © PETRA SPICOLA/HG1

Hans Holl

fordert eine beständige Organisation

„Seit Jahren gibt es in der MA 40 laufende Reorganisationsen. Für die Bediensteten und die Personalvertretung ist das eine ganz große Herausforderung“, erzählt Hans Holl. Er ist Vorsitzender des Dienststellenausschusses 115 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht und ist seit 1998 in der Personalvertretung aktiv.

„Mehrbelastungen müssen abgegolten werden!“

„Wir fordern von der Dienstgeberin, dass die neue Organisation längerfristig bestehen bleibt und Mehrbelastungen abgedeckt werden. Es darf auf keinen Fall zu einer Reduktion von Dienstposten oder finanziellen Einbußen kommen.“ Gerade in Zeiten von Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit und Zeitarbeitsfirmen seien Gewerkschaften wichtig, betont er. Nur gemeinsam könne man die Interessen der ArbeitnehmerInnen kraftvoll artikulieren. Konflikte lohnten sich, wenn sie „erwachsen“ ausgetragen würden.

Was Holl gar nicht mag, sind „ungesunder“ Egoismus und Falschheit. Eine offene, klare Kommunikation ist ihm sehr wichtig. Den Ausgleich zum beruflichen Alltag findet er beim Schifahren, Radfahren, im Fußballstadion (Rapid!), auf Reisen und bei Besuchen von Kabarett, Musicals und Opernvorstellungen. Sein Lieblingsbuch: Michael Niavaranis „Der frühe Wurm hat einen Vogel“, sein Lieblingsfilm: „Einer flog über das Kuckucksnest“. Eines ist für ihn klar: „Mit Humor geht Vieles leichter.“

Hans Holl

MA 40 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht
Vorsitzender des Dienststellenausschusses 115

3., Thomas-Klestil-Platz 8, 3. Stock, Top 15.304
(01) 4000-40708 • johann.holl@wien.gv.at

Aufsteiger



BILD © PID

Mag.^a Agnes Berlakovich

Neue Leiterin der MA 40 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht

Agnes Berlakovich wurde im März 2018 zur Abteilungsleiterin der MA 40 ernannt. Sie ist Verwaltungsjuristin und eine Expertin in gesundheits-

und sozialrechtlichen Fragen. Berlakovich leitete über mehrere Jahre die Abteilung für Gesundheits- und Sozialplanung der Stadt Wien (MA 24) und war in der Wiener Stadtwerke Holding für Compliance zuständig. Sie bringt praxisrelevante Wirtschaftserfahrung mit und ist mit komplexen innerbetrieblichen wie auch verwaltungstechnischen Abläufen bestens vertraut.



BILD © PIDS/SCHAUB-WALZER

Mag. Oliver Birbaumer

Neuer Leiter des Magistratischen Bezirksamts 2/20

Oliver Birbaumer wurde im Februar 2018 zum Leiter des neu geschaffenen Magistratischen Bezirksamts 2/20 ernannt, das durch die Zusammenlegung des MBA 2 und

des MBA 20 entstanden ist. Er ist seit 1993 im Dienst der Stadt. Zunächst war er im MBA 10 tätig, danach im MBA 12. 1999 wurde er stellv. Leiter der MA 20 – Fremdenrechtliche Angelegenheiten, zwei Jahre später stellv. Leiter der MA 2. Zuletzt (seit 2004) war er Leiter des MBA 20 und hatte ab Juli 2016 zudem die interimistische Leitung des MBA 2 über.



BILD © PIDS/SCHAUB-WALZER

Mag.^a Astrid Seitinger

Neue Leiterin des Magistratischen Bezirksamts 9/17

Astrid Seitinger wurde im Februar 2018 zur Leiterin des neu geschaffenen Magistratischen Bezirksamts 9/17 ernannt, das durch die Zusammenlegung des MBA 9 und

des MBA 17 entstanden ist. Seitinger ist Juristin und seit 1990 im Dienst der Stadt Wien. Sie war in mehreren Bezirksämtern tätig. Zuletzt hatte sie die Leitung des MBA 17 und die interimistische Leitung des MBA 9 über. Seitinger hat aufgrund ihrer 25-jährigen Tätigkeit als rechtskundige Bedienstete im Magistrat enormes Fachwissen und Erfahrung.

Im Gedenken



BILD © PRIVAT

Am 6. Mai ist **Franz Höllebrand** im Alter von 72 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben. Er war bis 2006 Gewerkschafter in der Hauptgruppe 1, MA 6 – Stadthauptkassa und Vorsitzender des Dienststellenausschusses „Finanzen und Wirtschaft“.

Auch wenn er selbst von Schicksalsschlägen nicht verschont wurde, hat er nie aufgegeben, weitergekämpft und Erfolg gehabt. Dabei ist er immer „Mensch“ geblieben. Immer für die Schwächsten da, immer vermittelnd und Streit vermeidend, hatte er immer Verständnis für die Nöte anderer aufgebracht und dabei unglaublich viel durchgesetzt.

Arbeit 4.0 trifft Frauen hart: Dreifache Belastung

Das Verschwimmen von Arbeitszeit und Freizeit in der digitalen Gesellschaft war das Thema des ÖGB-Bundesfrauenkongresses 2018.



Die Kehrseite des rasanten technischen Fortschritts ist die immer schwierigere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

„Die Digitalisierung – ein globales, technisches Phänomen – ist in der Arbeitswelt seit Jahrzehnten bekannt. Was jedoch neu ist, ist die enorme Geschwindigkeit, das enorme Tempo, mit der Digitalisierung derzeit stattfindet“ stellte EU-Abgeordnete Evelyn Regner gleich zu Beginn fest. Davon besonders betroffen seien „vor allem frauendominierte Branchen, wie der Dienstleistungssektor, der Handel oder das Bankwesen.“

Doppelbelastung steigt weiter

Die mit der Digitalisierung einhergehenden Risiken betreffen Frauen besonders. Denn flexibles Arbeiten bedeutet für Frauen mit Familienpflichten vor allem eines: mehr Stress. „Wer ständig erreichbar ist, kann nicht mehr abschalten. Und wenn daneben noch die Kinder, der Haushalt und zu pflegende Angehörige warten, sind wir mitten drinnen in der Dreifachbelastung der Arbeit 4.0.“

Umso wichtiger ist es, dass wir Veränderungen mitgestalten und den Fokus auf die ungleiche Verteilung von Arbeit und Einkommen richten. Solange die

Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesellschaftlich noch immer in der Verantwortung der Frauen gesehen wird, die erkämpften Rechte der Frauen wieder in Frage gestellt werden, liegt noch viel Arbeit vor uns. Denn das von der Regierung festgelegte Budget für Frauenpolitik ist mehr als eng bemessen: zehn Millionen Euro. Klingt viel, ist es aber nicht. Österreich hat etwas mehr als acht Millionen Einwohner, davon sind rund die Hälfte Frauen: Das bedeutet knappe 2 Euro pro Frau.

Neue Frauenvorsitzende Korinna Schumann

Mit Korinna Schumann, der neu gewählten ÖGB Bundesfrauenvorsitzenden sowie neuen Vizepräsidentin des ÖGB, und ihrem Team stehen wieder starke Frauen an der Spitze, um den Kampf dagegen, dass das Geschlecht über den Lebensentwurf von Menschen entscheidet, fortzuführen. Für uns Gewerk-



Regina Müller
Frauenvorsitzende
Hauptgruppe 1



Bundesfrauenvorsitzende und neue Vizepräsidentin des ÖGB, Korinna Schumann

schafterinnen ist und bleibt es von zentraler Bedeutung, dass sich Beruf und Familie vereinbaren lassen und der soziale Wohlstand beiden Geschlechtern gleichermaßen zugute kommt.

#JVRbleibt

„Zusammen. Für unser Österreich.“ lautet der Titel des neuen Regierungsprogramms. Die Erwartungen waren hoch, denn die neue Regierung will einen neuen Stil einführen. Einen Stil, der uns unser Wahlrecht am Arbeitsplatz nimmt.

Die türkis-schwarz-blaue Regierung will unter anderem auch den Jugendvertrauensrat (besteht seit 1973) abschaffen – die direkt gewählte Interessenvertretung der jugendlichen ArbeitnehmerInnen, die die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen junger Menschen am Arbeitsplatz vertritt.

Im neuen Regierungsprogramm steht dazu auf Seite 103: „Das aktive Wahlalter bei Betriebsratswahlen wird von 18 auf 16 Jahre gesenkt (Harmonisierung mit „Wählen ab 16“) und ersetzt den Jugendvertrauensrat.“ Eine Harmonisierung mit „Wählen ab 16“ klingt in der Theorie zwar sehr gut, bedeutet aber letztendlich, dass der Jugendvertrauensrat ersatzlos abgeschafft wird.

Das lassen wir uns nicht gefallen

Was heißt das aber konkret? Die meisten Lehrlinge beginnen mit ihrer Ausbildung noch vor dem 16. Lebensjahr. Wenn die geplante Änderung so durchgesetzt wird, dürfen die meisten Jugendlichen im ersten Lehrjahr, also rund ein Drittel aller Lehrlinge, nicht mehr mitbestimmen, wer ihre Interessen im Rahmen ihrer Ausbildung vertreten soll. Außerdem wird vielen Jugendlichen damit ganz generell das Recht der Wahl ihrer Interessenvertretung genommen. Da Betriebsratswahlen ja nur alle fünf Jahre stattfinden, die Lehrzeit aber nur drei oder vier Jahre dauert, können Lehrlinge in Zukunft dann während ihrer gesamten Lehrzeit unter Umständen gar nicht wählen.

Wenn uns die Regierung etwas entreißen will, was zu ganz offensichtlichen Verschlechterungen für uns führt, heißt es Zeichen zu setzen und zu handeln!

Unter der Kampagne #JVRbleibt kämpfen wir nun Seite an Seite mit unseren KollegInnen aus den Fachgewerkschaften gegen die Abschaffung des Jugendvertrauensrats. Gemeinsam sammeln wir Unterschriften und sind bereit, für unsere Rechte und unsere Zukunft zu kämpfen. Wir lassen uns nicht abschaffen!

 richard.tiefenbacher@wien.gv.at
 melanie.orou@wien.gv.at



BILD: © PRIVAT

Besuch uns in unserem Jugendclub:

Club Ypsilon

11., Guglgasse 12 (Gasometer)/Turm C/
Objekt 39/40

Öffnungszeiten: Dienstag 16.00-22.00 Uhr,
Freitag 16.00-24.00 Uhr
SOMMERPAUSE:
22. Juni-11. September 2018

Wir laden dich auch zu unseren
Veranstaltungen herzlich ein:

Intuitive Kommunikation:

14.-16. September 2018

Oktoberfest: 21. September 2018

Schiffsparty: 19. Oktober 2018

Weitere Infos dazu und coole Veranstaltungen findest du unter:

www.young-youunion.com oder
www.club-ypsilon.at

Sei dabei und setz ein Zeichen!

Unterstütze uns mit deiner
Unterschrift: www.JVRbleibt.at

Fotos: Robert Rubak



„Ich bin JVR,
weil mir die Anliegen der
Jugendlichen im Betrieb wichtig
sind und ich zu einem besseren
Arbeitsklima beitragen möchte.
Die Regierung kann mich nicht
so leicht abschaffen.“

Pascal - Jugendvertrauensrat



„Mir liegt es sehr am Herzen,
die Jugend in der Arbeitswelt
zu unterstützen und zu fördern.
Ich lasse mich bestimmt nicht
abschaffen!“

Antonia - Jugendvertrauensrat



„Ich bin für die Lehrlinge eine
Ansprechperson und helfe
ihnen bei Problemen. Warum
der JVR abgeschafft werden
soll, versteht wohl niemand.“

Pascal - Jugendvertrauensrat



„Mir ist es ein
persönliches Anliegen, die
Interessen und Bedürfnisse der
jungen ArbeitnehmerInnen zu
vertreten. Die Abschaffung des
JVR ist eine Schwächung der
Interessenvertretung, die wir
nicht zulassen werden.“

Janine - Jugendvertrauensrat

Guter Rechtschutz: Oft die letzte Rettung

Von der Kündigung bis zum Verfahren beim Arbeits- und Sozialgericht – Rechtsberatung ist für KollegInnen mit Behinderung besonders wichtig und für younion-Mitglieder durch die Rechtsschutzversicherung möglich.

Haben KollegInnen, die entsprechend dem Behinderteneinstellungsgesetz bei der Stadt Wien tätig sind, Probleme am Arbeitsplatz, steht ihnen das Team der Behindertenvertretung der HG 1 kompetent zur Seite.



BILD: © PETRA SPOLA/HGI

Mag. Harald Castek
Behindertenvertrauenspersonen-Landessprecher und Vorsitzender in der Hauptgruppe 1

Ein wichtiges Ziel für uns ist es, die KollegInnen so lange wie möglich aktiv im Arbeitsleben halten zu können. Im Einvernehmen mit den betroffenen MitarbeiterInnen und Führungskräften werden dazu im ersten Schritt alle Lösungsmöglichkeiten in der betreffenden Dienststelle ausgelotet.

Unterstützung und Begleitung

Wird keine Lösung in der Dienststelle gefunden, setzen wir als nächstes auf die Zusammenarbeit mit ExpertInnen der beruflichen Assistenz (NEBA), des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) sowie des Beratungs- und Betreuungsteams für MitarbeiterInnen mit Behinderung im Rahmen der Sonderaktion (BBM), um den KollegInnen die Verwendung in einer anderen Dienststelle zu ermöglichen. Wenn auch das nicht zum Ziel führt, da eventuell eine Kündigung bereits geplant ist, dann brennt der Hut!

Liegt noch kein Feststellungsbescheid vor, muss unverzüglich beim Sozialministeriumservice ein Antrag gestellt werden, um den Vorteil eines erhöhten Kündigungsschutzes in Anspruch nehmen zu können.



BILD: © BM FÜR VERFASSUNG, REFORMEN, DEREGULIERUNG UND JUSTIZ

Arbeits- & Sozialgericht

nen. Die BVP steht hilfreich zur Seite, aber sollte es zu einem Gerichtstermin kommen, ist eine Rechtsschutzversicherung von enormem Vorteil, da sie die Kosten der persönlichen Rechtsvertretung bei Gericht deckt.

Vorteil für Gewerkschaftsmitglieder

Auch wenn ein Antrag auf Berufsunfähigkeitspension, Invaliditätspension oder Pflegegeld von der Pensionsversicherungsanstalt abgelehnt wird, ist eine rechtsfreundliche Vertretung eine wichtige Unterstützung. Vor allem dann, wenn eine Klage vor dem Arbeits- und Sozialgericht notwendig wird.

Mitglieder der younion – Die Daseinsgewerkschaft haben den Vorteil, dass ihre Mitgliedschaft eine Rechtsschutzversicherung umfasst. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen Behindertenvertretung und Rechtsabteilung der younion immer wieder erfolgreich war.

„Eine gute Vertretung beruhigt im Fall des Falles!“

Aktion 20.000 erfolgreich - trotzdem abgeschafft

Die von der SPÖ gestartete Aktion 20.000 verschaffte 274 älteren Langzeitarbeitslosen einen Arbeitsplatz bei der Stadt Wien. Es hätten noch viele mehr werden können, wäre die Aktion nicht vorschnell eingestellt worden. **Von Andreas Walter**

Kaum begonnen wurde die Initiative für Menschen, denen schon länger aufgrund ihres Alters auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr geboten wird, von der schwarz-blauen Regierung auch schon wieder abgeschafft. Damit bleibt die Lage für Langzeitarbeitslose und ältere Menschen schwierig. In 58 Dienststellen der Gemeinde Wien haben knapp dreihundert noch eine neue Perspektive dank der Aktion 20.000 gefunden.

Ein Beispiel von vielen ...

Eine von ihnen ist Brigitte Billing im Verwaltungsgericht Wien: gelernte Einzelhandelskauffrau, Lehr- ausbildnerin, zwei Kinder. Sie arbeitete Teilzeit, dann Vollzeit. Als ihre Tochter sehr früh ein Kind bekam, ermöglichte sie ihr den HAK-Schulabschluss, blieb zur Betreuung des Enkelkinds zuhause. Danach arbeitete sie wieder im Verkauf, aber das ständige Stehen war zu belastend. Sie wechselte an die Kassa und zum Teil ins Büro. Ende 2012 wurde sie dann das Opfer von Umstrukturierungen und verlor ihre Arbeit. Von da an war sie arbeitslos. Sie machte am AMS Kurse (EDCL-Advanced), am WIFI zusätzlich den Lehrabschluss als Bürokauffrau. 15–20 Bewerbungsschreiben verfasste sie seit 2012 jährlich, ohne Erfolg. Entweder war sie zu alt, passte nicht ins Team oder war zu teuer. Jetzt endlich hat sie wieder eine Arbeit: Sie schreibt bei Verhandlungen am VGW direkt am PC mit oder bringt diktierbare Bänder zu Papier. Und: „Endlich kann ich meinem Enkelkind wieder etwas schenken.“

Neue Perspektive

Bei einer weiteren Kollegin ist es ähnlich, auch sie hat zwei Kinder. HAK abgebrochen, außerordentlicher Lehrabschluss als Bürokauffrau, später die Matura nachgeholt. Sie arbeitete in einem Verlag, bei der Ärztekammer, zuletzt in einem Therapiezentrum im Sekretariat. Durch Umstrukturierungen verlor sie ihre Arbeit. Die Unterstützung durch das


BILD: © ANDREAS WALTER

AMS erlebte sie positiv. Bei ihren Vorstellungsgesprächen wurde sie als überqualifiziert und daher zu teuer eingestuft.

Beide fühlen sich heute sehr wohl im Team, müssen keine Bewerbungen mehr schreiben, haben einen geregelten Tagesablauf und ein gutes Einkommen. Aber vor allem: Sie haben wieder eine Aufgabe und eine Perspektive, die ihnen Freude macht.

 andreas.walter@wien.gv.at

**„Endlich kann ich meinem
Enkelkind wieder etwas
schenken.“
Brigitte Billing, Verwaltungsgericht Wien**



Kein Kommentar!

Die Seite zum Nachdenken

Bis zum Jahr 2030 wird Depression die weltweit häufigste Ursache von Beeinträchtigungen sein.



Mehr als 20 Prozent aller Menschen erkranken einmal in Leben an einer Depression.³⁾



Rund 80% der Suizide werden im Rahmen depressiver Erkrankungen begangen, 1 Million Menschen pro Jahr nehmen sich das Leben, das sind 2.789 Menschen pro Tag.⁹⁾

800.000 bis 900.000 (rund 10 %) aller ÖsterreicherInnen bekommen pro Jahr Antidepressiva verschrieben.⁵⁾

47%
Frühpensionierungen
32%
Krankenstände
3%
Medikamentenkosten

Unbehandelte Depressionen haben Folgen für das Sozialsystem.¹⁾



Die Verschreibungen von **Antidepressiva** sind in Österreich zwischen 2006 und 2016 um 40 Prozent gestiegen.⁶⁾

7%

der Bevölkerung in der EU leidet unter **chronischen Depressionen**. Am höchsten ist der Anteil in Island, Irland, Portugal und Deutschland, am geringsten in Rumänien, Bulgarien und Tschechien. Österreich liegt im Mittelfeld.²⁾

400.000

Menschen in Österreich leiden an behandlungsbedürftigen Depressionen. Frauen sind zwei- bis dreimal häufiger betroffen als Männer.⁴⁾



mit 35 bis 55 Betten pro 100.000 Einwohner liegt Österreich in der stationären Versorgung im europäischen Vergleich am unteren Ende der Skala.⁷⁾



25 % aller Kinder und Jugendlichen (10 bis 18 Jahre) in Österreich sind von einer psychischen Erkrankung betroffen.⁸⁾

12 Milliarden Euro kostet die verminderte Produktivität infolge psychischer Probleme pro Jahr die österreichische Wirtschaft (3,6 % des BIP).¹⁰⁾



Quellen: 1) <https://www.netdoktor.at/magazin/depression-in-zahlen-6885772>, 2) <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs369/en/>, 3) <https://www.news.at/a/depression-8341241>, 4) <http://orf.at/stories/2416149/2416185/>, 5) <https://derstandard.at/2000055017455/Depression-Ausgrenzt-im-Leben>, 6) <http://orf.at/stories/2416149/2416185/>, 7) <https://derstandard.at/2000055043418/Psychische-Erkrankungen-Mehr-Fokus-auf-Seele>, 8) Studie der Med-Uni Wien/AKH Wien: <https://link.springer.com/article/10.1007/s00787-017-0999-6>, 9) <http://buendnis-depression.at/Buendnis-gegen-Depression106.0.html>, 10) <https://derstandard.at/2000026486435/Psychische-Erkrankungen-Wo-Oesterreich-die-Milliarden-liegen-laeast>

Echt gut!

„Großindustrielle haben bei Sebastian Kurz den generellen 12-Stunden-Tag und damit die 60-Stunden-Woche bestellt, und der Bundeskanzler liefert.“

Erich Foglar, scheidender ÖGB-Präsident

„Das ist ein Akt, der sowohl überflüssig als auch letztlich sinnlos ist.“

Theo Öhlinger, Verfassungsjurist, zu den Plänen der Regierung, den Wirtschaftsstandort als Staatsziel zu definieren

„Der Vorschlag zur Mindestsicherung ist ein Bekenntnis zur Verschärfung von Kinderarmut.“

Erich Fenninger, Direktor der Volkshilfe, über die Pläne der Regierung zur Reform der Mindestsicherung

Echt böse!

„Ich kann es mir leisten, seit 30 Jahren die Arbeitszeitgrenze massivst zu überschreiten und ich mache es mit Freude.“

Stefan Pierer, KTM Chef, Großspender (436.563 Euro) für die ÖVP im Wahlkampf (kontrast.at)

„ORF-Quotenmohr“

Mit diesem Wort hat die rechtsextreme, FPÖ-nahe Zeitschrift „Aula“ Cesár Sampson, den Vertreter Österreichs beim Eurovisions-Songcontest 2018, bezeichnet (orf.at, 24.5.2018)

Post aus Brüssel



Alles Gute zum Europatag!

Den Europatag gibt es seit 1986 als EU-Feiertag. Er erinnert daran, dass der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 jene Rede hielt, mit der die Einigung Europas ihren Anfang nahm. Was mit sechs Mitgliedstaaten begann, ist heute ein weltweit und historisch einzigartiges Gebilde, das 511 Millionen Menschen Heimat ist. Die offiziellen Symbole der EU sind: eine Flagge mit 12 goldenen Sternen auf blauem Grund, eine Hymne, der letzte Satz der 9. Symphonie von Beethoven, ein Motto: „In Vielfalt geeint“. Und eben ein eigener Feiertag.

In Brüssel ist am 9. Mai immer eine ganz besondere Stimmung, die Stadt ist in gold-blaue Farben getaucht, feierliche Reden werden gehalten. Wir machen, ganz Brüsselerisch, am 9. Mai ein kleines Fest mit FreundInnen aus ganz Europa.

Eigentlich sollte dies unser aller gemeinsamer Feiertag sein – ein Tag, an dem wir uns vorstellen, wie es wäre, wenn wir alle zusammen frei hätten. An dem wir darüber nachdenken, woher wir kommen und wohin wir gehen wollen, als Menschen, denen die EU genauso Heimat ist wie unser liebes Wien.

Michaela Kauer, MBA
Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel

Hilfe kommt an. Und viel Herzlichkeit.

Sozial, rasch, unkompliziert: Die KollegInnen der MA 54, wenn es darum geht, anderen zu helfen.

Mit der kurzen Frage „Wer besitzt dies, das oder jenes und braucht es nicht mehr?“ ist es uns wieder gelungen, eine Mutter-Kind-Einrichtung zu unterstützen. Die Bereitschaft mitzuhelfen war groß, und dank der vielen Spenden konnten wir 17 Kartons, 2 Koffer und eine Schultasche mit wertvollen Dingen füllen. Gesammelt wurden viele Kleidungsstücke, Kosmetikartikel, Handtücher, Bettwäsche, Handtaschen, Schuhe, Spiele, Bücher, Schreibartikel, Fotoapparate, Haartrockner und viele weitere Utensilien, die wir als ganz selbstverständlich betrachten – die für andere aber kaum erschwinglich sind.

Die Freude bei der Übergabe war riesengroß, wir wurden umarmt und mit „Dankeschöns“ überflutet. Wir waren gerührt über so viel Herzlichkeit, die uns wieder gezeigt hat, dass mit wenig Aufwand sehr viel Gutes erreicht werden kann.

Unser Motto bleibt: MITEINANDER geht vieles leichter. Ich bedanke mich bei allen KollegInnen, die bei diesem Projekt unterstützend mitgewirkt haben.

📧 jelka.froehlich@wien.gv.at



BILD: © PRIVAT

Besondere Verantwortung: Integration leben

Die Stadt Wien zeigt, dass sie ihre soziale Verantwortung ernst nimmt.



BILD: © PRIVAT

(v.l.n.r.) Gerhard Schaschko und Wolfgang Stiller: „Wir sind bei den Stadtgärten gut aufgenommen worden und können dort für die Stadt Wien einiges leisten.“

Ungefähr 18 Millionen Quadratmeter Parks und Straßenbegleitgrün werden von den MitarbeiterInnen der Wiener Stadtgärten gepflegt – und hunderttausende Bäume. Dazu braucht es die verschiedensten Tätigkeiten.

Von den insgesamt 1.500 Bediensteten bei der MA 42 haben 83 KollegInnen besondere Bedürfnisse. Sie werden ihren Fähigkeiten und körperlichen Möglichkeiten entsprechend bei uns eingesetzt. Ihre Aufgabenbereiche sind vielfältig und spannen sich von unterschiedlichen Bürotätigkeiten über gärtnerische Arbeiten bis hin zur Reinigung oder dem Winterdienst.

„Ich arbeite gern in der freien Natur – und mit den Kolleginnen und Kollegen zusammen macht das Spaß“, hat sich erst unlängst Gerhard Schaschko gefreut. Wir suchen mit den KollegInnen gemeinsam Einsatzbereiche, in denen sie sich positiv entfalten und ihren Möglichkeiten entsprechend mitwirken können. Ganz selten gibt es einmal eine Beschwerde, dass eine Arbeit nicht machbar ist oder dass eine Aufgabe überfordert. Außerdem unterstützen sich die KollegInnen im Fall des Falles gegenseitig – wie in jedem guten Team. „Da helfen alle zusammen bei der Arbeit“, bestätigt auch Wolfgang Stiller den Teamgeist unter den Wiener StadtgärtnerInnen.

Unsere MitarbeiterInnen mit Behinderung sind umfassend integriert und tragen einen wichtigen Teil zum Funktionieren der Stadt Wien bei.

📧 werner.krachler@wien.gv.at

Geschafft: MA 10 bekommt Gesundheitslotsinnen

„Gut Ding braucht Weile“ – aber jetzt ist es gelungen, eine Leistungsvereinbarung zwischen der MA 10 – Wiener Kindergärten und der younion_Die Daseinsgewerkschaft zur Gesundheitsförderung in der MA 10 zu unterfertigen.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / METHAZ75

Die Gesundheitslotsinnen – eigens geschulte Bedienstete für alle Fragen zur Gesundheit am Arbeitsplatz – werden sich ab September in den einzelnen Bereichen der MA 10 um den Bedarf an zusätzlichen gesundheitsfördernden Maßnahmen in den Wiener Kindergärten kümmern. Als direkte AnsprechpartnerInnen für die MitarbeiterInnen vor Ort haben sie damit eine wichtige Vermittlungsfunktion

Einige Ziele betrieblicher Gesundheitsförderung:

- Verbesserung der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung unter Berücksichtigung der budgetären Möglichkeiten
- Die Förderung des Betriebsklimas und der Arbeitszufriedenheit
- Verstärkte Einbindung der Führungskräfte und direkten Vorgesetzten für die Gesundheitsförderung der MitarbeiterInnen
- Reduzierung von Fehlzeiten

zwischen den Führungskräften, der Arbeitsmedizin und den Sicherheitsfachkräften in den Betrieben. Als Vertrauenspersonen sind sie außerdem die erste Ansprechstelle für alle KollegInnen bei gesundheitlichen Problemen.

Das dafür notwendige Zeitausmaß wird den Gesundheitslotsinnen von der Dienststelle zur Verfügung gestellt.

Als die Verhandlungen letzten Herbst ein wenig ins Stocken geraten waren, wurde ich gebeten, die Rolle der Vermittlerin zwischen der MA 10 und der younion zu übernehmen. Gemeinsam ist es dann gelungen, dieses Service auch für die Bediensteten in den Wiener Kindergärten anzubieten. Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, um mich bei der Abteilungsleiterin der MA 10, Frau Mag.^a Cochlar, Frau Eichholzer-Rauscher, Herrn Novak (beide MA 10) sowie bei Frau Mag.^a Spiess von der younion für die konstruktive und zügige Zusammenarbeit sehr herzlich zu bedanken.

Mit dieser Leistungsvereinbarung wurde der richtige Weg eingeschlagen, um betriebliche Gesundheitsförderung unter Beteiligung aller zu realisieren.

 margit.pollak@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPIDL/ANGI

Margit Pollak
Vorsitzenden-
Stellvertreterin
Hauptgruppe 1

„Wer keine Zeit für seine Gesundheit hat, wird eines Tages Zeit haben müssen, krank zu sein.“ Chinesisches Sprichwort

Burnout: Prävention und Behandlung

Bei einer Gesundenuntersuchung im Sanatorium Hera können Versicherte der KFA und der WGKK, wenn sie bei der Gemeinde Wien beschäftigt sind, eine psychische Standortbestimmung vornehmen lassen.

Von **Claudia Stangelmaier-Tonko**

Wenn der Arbeitsdruck steigt und steigt, sollte auf die psychische Gesundheit genauso geachtet werden wie auf die rein körperliche. An 365 Tagen können Versicherte dazu eine Vorsorgeuntersuchung in Anspruch nehmen. Zur Eruiierung der ‚psychischen Fitness‘ gibt es den psychosozialen Screening-Fragebogen, der in der Papierversion oder anonym online (<http://service.hera.co.at/psychoscreen>) ausgefüllt werden kann. Vorteil der Online-Version ist die sofortige Befunderstellung und somit eine unmittelbare Rückmeldung für die PatientInnen.

Psychische Gesundheit am Prüfstand

Neben der Abfrage von Lebensstil, Essverhalten, verschiedensten Belastungen (z.B. Schlafstörungen, finanzielle oder familiäre Sorgen), Nikotin- und Alkoholkonsum sowie Fragen zur Gemütsverfassung findet sich auch ein umfangreicher Burnout-Fragebogen. Dieser wurde nach dem personenbezogenen Burnout-Modell nach Freudenberger und North (1992) entwickelt. Mit 36 Fragen zielt er auf eine Erfassung der momentanen Situation der KlientInnen am Arbeitsplatz ab, um bei Belastungen durch Stress rechtzeitig eine mögliche Burnout-Gefährdung zu erkennen.

Erfahrenes Team

Im Stresskompetenzcenter wird die „ICD 10 Diagnose“ durch FachärztInnen für Psychiatrie sowie die pharmakologische Therapie in Zusammenarbeit mit den ÄrztInnen der Stressambulanz durchgeführt. Für eventuell notwendige psychologische und psychotherapeutische Interventionen steht das psychosoziale Team, bestehend aus klinischen und GesundheitspsychologInnen, PsychotherapeutInnen sowie Lebens- und SozialberaterInnen zur Verfügung.

Vielfältige Angebote

Die Angebote des Gesundheits- und Vorsorgezentrums zur Burnout-Prävention und -Behandlung reichen von psychologischen Erstgesprächen und nachfolgenden Einzelcoachings, über Gruppenangebote wie Achtsamkeitstraining, Biofeedback, Resilienz, Training emotionaler Kompetenzen, Traumatherapie, Shaolin Qi Gong, Entspannung nach Jacobson, bis hin zu Nordic Walking. Diese Vielfalt garantiert, dass jedem/r KlientIn ein passendes Angebot gemacht wird.

 claudia.stangelmaier@hera.co.at



FOTO: ©PRIVAT

Mag.ª Claudia Stangelmaier-Tonko, Leitung Psychosoziales Team KFA-Sanatorium Hera

Terminvergabe Gesundheits- und Vorsorgezentrum, Anmeldung:

Montag bis Freitag von 8-14 Uhr oder via E-Mail: gesundheitszentrum@hera.co.at

Online Psychoscreening:

<http://service.hera.co.at/psychoscreen>

Helikoptereltern: Ständige Überwachung

Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser. Dieser Leitsatz begleitet heute viele Eltern. Es ist allerdings nur ein schmaler Grat zwischen fürsorglich und überfürsorglich sein. **Von Felix Steiner**

Sie wollen über jeden Schritt ihrer Kinder Bescheid wissen, kontrollieren, ob „eh alles in Ordnung“ ist. Grundsätzlich meinen sie es ja nur gut, diese meist fürsorglichen Mütter und Väter. Nur: Gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht. Wenn Kinder das Gefühl haben, dass sie andauernd beobachtet werden, nervt, aber verunsichert sie das auch. Eltern als permanent über dem Kind kreisender Helikopter – eine Horrorvorstellung?

Zu viel ist zu viel

„Melde dich sofort, wenn du in der Schule bist.“ „Ruf an, wenn du etwas brauchst!“ „Sag’ Bescheid, wenn du nach Hause gehst.“ „Wenn du zuhause bist, ruf bitte an – wenn du wieder weg gehst, bei deinen Freunden angekommen bist, usw.“ Übertriebene Fürsorge kann auch einengen. Trauen sie Ihrem Kind zu, dass es selbständig Verantwortung übernimmt, dann kann es mit seinen Erfahrungen auch wachsen und Selbstbewusstsein entwickeln.

Vertrauen sie Ihrem Kind und Ihrer Erziehung

Dabei gibt es doch schon so nette elektronische Helferleins. Das berühmte Babyphone ist heute fast standardmäßig mit Videokamera ausgestattet. Viele Apps bieten die totale Kontrolle über Kinder mit Smartphones. Noch „besser“ ist die Smartwatch am Handgelenk Ihres Kindes, die Ihnen nicht nur über GPS anzeigt, wo Ihr Kind gerade ist, sondern Ihnen auch noch die Möglichkeit bietet, bei den Gesprächen Ihrer Kinder mitzulauschen.

Die missbräuchliche Sammlung und Verwendung von Daten und der sogenannte „Überwachungsstaat“ sorgen derzeit immer wieder für große Aufregung. Dabei findet der eigentliche Abhörskandal nicht selten in der eigenen Familie statt – natürlich nur „zum Besten“ der Kinder.

Lassen Sie Ihr Kind auch seine eigene, private Welt entwickeln. Zeigen Sie Interesse daran, aber kontrollieren Sie diese Welt nicht.

 felix.steiner@wien.gv.at

„Immer mehr Eltern neigen zur Überbehütung ihres Kindes durch übertriebene Fürsorge.“



Seuchen und andere **meldepflichtige Krankheiten**

Neben einer raschen zielführenden Therapie für Erkrankte ist der Schutz der Bevölkerung vor Infektionen eine der Hauptaufgaben der MA 15 - Gesundheitsdienst der Stadt Wien.



BILD: © PETRA SPICLA/HGT

Mag.^a Elisabeth Jarolim; DSAⁱⁿ
Referentin
Soziale Berufe
Hauptgruppe 1

Auch im Jahr 2018 sind meldepflichtige Erkrankungen und Seuchen ein Thema, das auf keinen Fall ignoriert werden kann. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Masern und Röteln, deren Ausrottung von der WHO bis 2020 angestrebt wird. Beide Erkrankungen wären durch Impfung vermeidbar. Aber auch bei Meningokokken muss die Antibiotikaphylaxe für Kontaktpersonen so rasch wie möglich eingeleitet werden.

wir neben dem medizinischen Fortschritt vor allem den gestiegenen sozialen Standards, allgemeinen seuchenhygienischen Maßnahmen, der Verbesserung der persönlichen Hygiene sowie den gezielten sozialmedizinischen Maßnahmen der MA 15. Danke an alle KollegInnen, die – teilweise rund um die Uhr – zur Gesunderhaltung der Wiener Bevölkerung beitragen.

 elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Wichtig zu wissen

Wer hat zu melden?

- Die/Der behandelnde ÄrztIn bzw. die/der LeiterIn der Krankenanstalt/der Abteilung
- Jedes Labor, das den Erreger einer anzeigepflichtigen Erkrankung nachweist
- Sowie u.a.: Hebammen, SchuldirektorInnen, KindergartenleiterInnen, Totenbeschau-ÄrztInnen, TierärztInnen

Ziele der Meldepflicht:

- Suche nach Infektionsquelle, um diese auszuschalten (unbelebte Quelle);
z.B. Erhebung von Expositionsmöglichkeiten gegenüber kontaminierten Lebensmitteln bei Durchfallerkrankungen
- Suche nach dem Primärfall und weiteren infizierten/gefährdeten Personen, von denen die Gefahr der Weiterverbreitung ausgehen könnte;
z.B. Erhebung von Kontaktpersonen bei Masern
- Setzen von Maßnahmen zur Verhinderung einer Weiterverbreitung;
z.B. Absonderung von Erkrankten (z.B. Masern)
- Beratung für Betroffene und Kontaktpersonen;
z.B. Übertragungswege, Symptome, etc.
- Überwachung der regionalen epidemiologischen Lage

Dass heute Infektionskrankheiten wie die Tuberkulose bei uns nur noch selten auftreten, verdanken

Die rechtliche Grundlage zur Meldung bestimmter Krankheiten fußt auf drei Bundesgesetzen:

1. Epidemiegesetz (BGBl. Nr. 186/1950 [WV] idgF)

Meldung von Verdachts-, Erkrankungs- und Todesfällen in Wien an die MA 15, Bezirksgesundheitsämter innerhalb von 24 Stunden. So zum Beispiel bei Hepatitis, A/H5N1, bakteriellen Lebensmittelvergiftungen, Masern, Pest; (Para) Typhus, Tollwut, Ruhr, Gelbfieber

2. Tuberkulosegesetz (BGBl. Nr.127/1968 idgF)

Meldung an die MA 15, Tuberkulosevorsorge innerhalb von 3 Tagen von Erkrankungs- und Todesfällen sowie bei Verdachtsfällen

3. Geschlechtskrankheitengesetz (StGBL. Nr.152/1945)

Meldung von Geschlechtskrankheiten bei Verweigerung der Behandlung oder Gefahr der Weiterverbreitung an die MA 15, Referat für sexuelle Gesundheit und Prostitution

3a. Aids Gesetz

Meldung von manifester Erkrankung oder Todesfall an das Gesundheitsministerium

Buchtipp

Jura Soyfer. Ein Lesebuch

Erna Wipplinger, Margit Niederhuber, Christoph Kepplinger (Hg.)

Dieses Lesebuch von Jura Soyfer versammelt Auszüge aus dem Werk eines bedeutenden österreichischen und sozial engagierten Schriftstellers des 20. Jahrhunderts, dessen scharfsichtige Analysen zum amaligen Zeitgeschehen auch heute noch gültig sind. Abgerundet wird dieses Kompendium, das einen leicht zugänglichen Einstieg ermöglicht, durch eine CD mit Ausschnitten von einer Gala im Rabenhof Theater und Texten zeitgenössischer AutorInnen.

Verfolgt als russischer Jude, Sozialist und später Kommunist, sah Soyfer im Menschen stets das Individuum, das nach seinen eigenen Maximen handelt. Er beurteilte, aber verurteilte nicht. Trotz seines kurzen Lebens liegt ein umfangreiches Werk vor, welches neben Lyrik, dramatischen Texten, Artikeln für die Arbeiter-Zeitung, dem unvergessenen „Dachaulied“ auch das legendäre Romanfragment „So starb eine Partei“ beinhaltet. Hierbei legte er eine fulminante Analyse der Sozialdemokratie der 30er Jahre vor und zeigte, wie man durch äußere Umstände fehlgeleitet werden kann. Bei der Lektüre wird einem bewusst, wie wichtig es ist, seine Ideale nicht zu verleugnen.

Heute gilt es, Soyfers Andenken zu bewahren und sein kritischer Geist soll auch die jüngere Generation zur Wachsamkeit gegenüber anti-demokratischen Tendenzen aufrufen.

 sabine.baumann@wien.gv.at

Empfohlen von: Mag. Sabine Baumann

Colleg 1 - Literatur und Sprache
Magistrat der Stadt Wien, MA 13
Büchereien Wien, Hauptbücherei
1070 Wien, Urban Loritz-Platz 2a
(01) 4000-84614



BILD: © VERLAG MANDELBAUM

Jura Soyfer. Ein Lesebuch

Erna Wipplinger,
Margit Niederhuber,
Christoph Kepplinger (Hg.)

Mandelbaum Verlag
224 Seiten
ISBN: 978-3-85476-485-4
Preis: EUR 19,90



BILD: © KARIN BERGMANN

Mein Lieblingslokal

NIRVANA - das indische Restaurant in Wien

in der Rotenturmstraße im 1. Bezirk

Rotenturmstraße 16-18, 1010 Wien

Telefon: +43 1 5133075

Montag bis Samstag mittags und abends
geöffnet, Sonntag Ruhetag


www.restaurant-nirvana.at

Wenn sie einmal Abwechslung suchen, gut dosierte Schärfe und vor allem auch gewürz-intensive Speisen schätzen, sind sie in diesem Lokal genau richtig.

Im Nirvana ist man seit vielen Jahren bemüht, qualitativ hochwertige, authentische indische Küche auf den Teller zu bringen. Dieses Vorhaben gelingt ganz ausgezeichnet, egal ob sie Huhn, Lamm, Fisch oder vegetarische Speisen bevorzugen. Das Lokal wirkt von außen unscheinbar, ist aber äußerst geschmackvoll eingerichtet und strahlt eine angenehme Atmosphäre aus.

Das Service ist sehr zuvorkommend, eine Reservierung ist empfehlenswert.

 gerhard.heczko@wien.gv.at

Gesamtbewertung:		90 (von 100)
Essen:		46 (von 50)
Service:		19 (von 20)
Weinkarte:		16 (von 20)
Ambiente:		9 (von 10)

Bauern schlagen niemals eine Königin

In der ersten Reihe stehen die Bauern und schützen König, Dame, Turm, Läufer und Springer. Dazwischen sieht man krause Stirnfalten und es tickt die Uhr: Schachmeisterschaft beim KSV.



BILD: © PETRA SPICLA/HGT

Michael Witzmann
Sportreferent
der HG1, stv.
KSV-Obmann

Ob im Donaupark, im Eisenbahnabteil, im Kaffeehaus oder im Schachklub des Kultur- und Sportvereins (KSV) unserer Gewerkschaft: Ernsthaftige, hochkonzentrierte Menschen murmeln vor Spielbrettern mit 64 Feldern geheimnisvolle Formeln: „d2“ etwa oder „c6“. Dann werden Spielfiguren unter den aufmerksamen Augen der Gegner gezogen.

Ein lehrreiches königliches Spiel

Schach ist ein Sport für Menschen, die jeden Spielzug und seine Auswirkungen auf den weiteren Spielverlauf genau überlegen und die Gedanken des Gegners im Voraus ergründen wollen. Erfunden worden soll es im 13. Jahrhundert von einem Brahmanen sein, der seinem Herrscher damit zeigen wollte, dass „der König als wichtigste Figur ohne Hilfe anderer Figuren und Bauern nichts ausrichten kann.“ Dafür sollte ihm der Wunsch erfüllt werden, für das erste Feld des Schachbretts nur ein Weizenkorn und auf allen weiteren Feldern jeweils die doppelte Zahl zu erhalten, was sich nach den Regeln des exponentiellen Wachstums eher nicht ausgeben konnte, aber als lehrreich erwies.

Auch ein Sport mit Dopingkontrolle

Dieser Zug ging schließlich an den König, der damit dem Schicksal, matt gesetzt zu werden, entging.

Die Spieler vom KSV-Schachklub sind aber mit allen Wassern gewaschen. Ein Spiel kann bis zum fünf Stunden dauern – innerhalb von zwei Stunden müssen 40 Züge vor der tickenden Stoppuhr absolviert werden. Geschwindelt kann nicht werden, weil beide Spieler alle Züge mitschreiben, erklärt Schachsektionsleiter Karl Friedl, und in den Nationalkademern gibt es sogar Dopingkontrollen.



BILD: © PRIVAT

Tatsächlich geht es aber um Ruhe, Konzentration, Kombinationsgabe und Taktik. Karl Friedl: „Die Schachsektion des KSV hat 45 Spieler, davon 29 Gemeindebedienstete“. Manche schaffen es in lichte Höhen der Meisterschaften, ähnlich ernsthaft, wie die berühmten zwischen Kasparow und Fischer. Meister des KSV ziehen ihre Figuren bis in die höchste Liga, wenn auch ohne Honorar und die berühmten hohen Preisgelder. Friedl: „Alle schätzen das gute Klima und die gemütliche Plaudereien nach den Turnieren.“ Dabei ist seit vielen Jahren auch der Favoritner Gemeinderat Christian Hursky, der sich in seiner Funktion als österreichischer Schachpräsident das Ziel gesetzt hat, eine Weltmeisterschaft nach Österreich zu holen.

Das alles kriegt man um den KSV-Mitgliedsbeitrag von EUR 30 pro Jahr für Verbandsgebühren und Zeitmesser. Gespielt wird hauptsächlich auf der KSV-Anlage in der Rustenschacherallee mit seiner tadellosen Infrastruktur im Sportrestaurant Atrium und ruhiger Lage im Grünen.

2., Rusten-
schacherallee 3
E-Mail:
office@ksv-wien.at
www.ksv-wien.at



KSV

Kultur- und Sportvereinigung
der Wiener Gemeindebediensteten



 michael.witzmann@wien.gv.at

ksv-wien.at/de/sportzentrum/sportarten/sektionen/schach/
Sektionsleiter Karl Friedl, (01) 4000-82303 oder
0676-8118-82303 • schach@ksv-wien.at

Ein Ziel - 100 Erlebnisse!



Berge und Seen Juni bis Oktober 2018

Genießen Sie die herrliche Bergwelt des Steirischen Salzkammergutes und erleben Sie geführte Wanderungen mit genüsslicher Wanderjause.



Buchbar für 4 oder 7 Nächte mit Halbpension plus

Gemütliche Wanderungen mit Herrn Direktor Podsednik

Geführte Bergwanderung über die Tauplitzalm mit Herrn Gattermaier
(Immer mittwochs)

15 % Ermäßigung auf Fahrten mit der Altausseer Schifffahrt

„Gratis“ Verleih von Nordic-Walking-Stöcken

„Gratis“ Verleih von Mountainbikes und Elektrorädern

Für die Dame: Aloe-Vera-Gel Körper-Packung

Für den Herrn: Ganzkörpermassage mit Kaviar-Cell Creme

youunion-Preise pro Person: 7 Nächte € 603,-

youunion-Preise pro Person: 4 Nächte € 373,-

Sie sparen als
youunion-Mitglied
€ 181,- oder
€ 118,-

Sommerspasswochen Juli-August!

Ferienspass und Erholung für die ganze Familie. Jede Menge Action wartet in unserem „Kinderclub Sonnenschein“ während die Eltern im Wellnessbereich entspannt relaxen können. Das Kinderprogramm ist gratis! **Hier ein kleiner Vorgeschmack:**

- ☺ Kennenlernstunde mit Eis
- ☺ Kindersäfte ganztags gratis
- ☺ Schminkstunde
- ☺ Massage für Kinder (im Fitnessraum)
- ☺ Nintendo Wii
- ☺ Märchenstunde
- ☺ T-Shirt bemalen
- ☺ Schwimmen – Plantschen – Lachen
- ☺ Kegeln mit Popcorn
- ☺ Basteln

- ☺ Gesunde Obstjause
- ☺ Pizza backen u.v.m. ...

Kinderermäßigung im Zimmer der Eltern (2 Vollzahler) Da wir nicht über so viele Mehrbettzimmer verfügen, werden Doppelzimmer für Kinder in der Nähe der Eltern vergeben. Jedoch muss ein Kind den vollen Betrag bezahlen, die anderen mit Ermäßigung: 0-5 Jahre: FREI
6-11 Jahre: 50% Ermäßigung
12-14 Jahre: 30% Ermäßigung

Vieles wird neu ab 23. Juni 2018!

**48 Zimmer und Bäder werden neu gestaltet, damit Sie sich noch wohler fühlen.
Daher wird vom 3. April bis 22. Juni umgebaut!**



Hotel - Restaurant Grimmingblick Ges.m.b.H.,
8983 Bad Mitterndorf 279, Tel. +43 (0)3623 / 2491, FaxDw 75
info@hotelgrimmingblick.at, www.hotelgrimmingblick.at

Fotos: TV Ausseerland Salzkammergut, Grimmingblick



Abschied vom „tollsten Job der Welt“

Mehr als 500 sozialdemokratische GewerkschafterInnen bescherten Michael Häupl ein unvergessliches Abschiedsfest und feierten mit etwas Wehmut das Ende einer Ära.

Fotos: Robert Rubak, Thomas Lehmann

„**D**u warst immer für uns da – jetzt werden wir für dich da sein, wenn du zum Beispiel deinen Rasen gemäht brauchst, und immer für dich Zeit haben!“ Michael Häupl war den Tränen nahe, als ihm Christian Meidlinger Polaroid-Schnappschüsse mit Namen und Handynummern der mehr als 500 sozialdemokratischen GewerkschafterInnen beim FSG-Abschiedsfest übergab. „Dieses Geschenk nehme ich mit Ehrfurcht und Stolz an“, bedankte er sich sichtlich gerührt.

Ein humorvoller Höhepunkt war die Rede von Werner Gruber, der Häupls Karriere anhand der Spezies der Gekkos nachzeichnete – in Anspielung auf Häupls Dissertation über die Schädelkinetik bei Gekkoniden.

Mit nicht enden wollenden Standing Ovations der FunktionärInnen, zahlreichen sehr persönlichen Rückblicken von den Wegbegleitern Wolfgang Katzian, Christian Meidlinger und Christian Kern, bedankte sich die FSG mit einem rauschenden „Fest für Michael“ für Häupls 24 Jahre langen Einsatz für unser Wien.





„Damals ist alles zusammengekommen.“

Als die kleine Tochter schwer erkrankte, waren er und seine Frau am Boden zerstört. Die Gewerkschaft hat Herbert H. geholfen.

„Plötzlich wurde uns der Boden unter den Füßen weggezogen“, erzählt Herbert. Seine Stimme zittert, wenn er über die schlimmsten Tage seines Lebens berichtet. „Es war vor zwei Jahren. Wie aus heiterem Himmel hatte meine siebenjährige Tochter Sandra plötzlich hohes Fieber und Körperschwäche. Meine Frau und ich dachten: Das ist sicherlich die Grippe. Doch Sandras Zustand verschlechterte sich zunehmend. Meine Frau und ich haben sofort gehandelt und die Kleine ins Spital gebracht. Von da an war uns allen klar: Das ist kein normaler Grippe-Virus. Dieser Virenstamm ist lebensgefährlich.“

Dann ging alles sehr schnell. Sandra musste in künstlichen Tiefschlaf versetzt werden. Das Virus hat im Rachen-Nasen-Bereich das Gehirn angegriffen. Herbert und seine Frau waren während dieser Zeit immer an ihrer Seite. „Es war ein Hoffen und Bangen. Tag für Tag am Krankenbett. Wir haben ihre Hand gehalten, ihr vorgelesen. Wird sie wieder aufwachen? Wird sie Schäden davon tragen? Hat sie Schmerzen?“, all diese Fragen gingen uns durch den Kopf. „Die Erkrankung von Sandra hat mich und meine Frau schwer mitgenommen. Aufgrund der psychischen Belastung hat meine Frau den Job verloren. So gerieten wir plötzlich in finanziellen Schwierigkeiten“, erzählt er.

„Ich selbst hatte einen Bandscheibenvorfall und bin ebenfalls lange für die Arbeit ausgefallen. Es war für uns einfach zu viel! Viel zu viel! Ich habe mich in meiner Verzweiflung an die Gewerkschaft gewandt. Und die hat mir geholfen und Spitalsrechnungen übernommen.“ Nach Wochen des Zitterns ist Sandra aus dem Tiefschlaf wieder aufgewacht. Sie hat diese sehr schwere



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / MONKEY BUSINESS IMAGES

Krankheit überstanden. Nach der Reha kann sie heute wieder ganz normal in die Schule gehen. „Sie ist eine Kämpferin“, sagt Herbert. „Manchmal kommt im Leben halt alles zusammen. Da ist es einfach unglaublich wichtig, Freunde zu haben, die zu einem stehen, einfach da sind. Ich bin der Gewerkschaft sehr dankbar für diese Unterstützung.“

teamwork

Nr. 2/2018

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

SZ 02Z030516 S

DVR: 0046655